

Anträge 34. Landesparteitag die Linke Bremen

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 34. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
R 00	Geschäftsordnung des Landesparteitages der Linken Bremen Bereits beschlossen <i>angenommen</i>	7
R 01	Tagesordnung und Zeitplan Landesvorstand	9
R 01 -01	Änderungsantrag zu R 01 Landesvorstand	10
R 01 -02	Änderungsantrag zu R 01 Landesvorstand	11

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
L 01	Gegen den Strom: Linke Politik für bezahlbares und lebenswertes Leben in Bremen & Bremerhaven – sozialen Umbau konkret machen! Landesvorstand	12

S - Anträge mit Satzungsbezug

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
S 01	Anpassung der Landessatzung an die Bundessatzung Landesvorstand	19
S 02	Abschaffung der Höchstmitgliederzahl in Kreisvorständen Landesvorstand	20
S 03	Modernisierung von Einladung und Antragsstellung Landesvorstand	20
S 04	Wahl des Landesparteitages durch Ortsverbände ermöglichen Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)	21
S 05	Abschaffung des Landesrates Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)	22
S 06	Delegiertenschlüssel für Landesparteitag Günter Matthiessen	23

A - Anträge an den Parteitag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A 01	Hitze in der Überseestadt bekämpfen – ein lebenswertes Quartier für alle! Klaas Anders (KV Nord-West · Nr. 251)	23
A 02	Sicherheit durch Soziales statt Überwachung Jan Krause (KV Mitte-Ost · Nr. 711)	24
A 03	Erwerb von "New Mexiko" von der USA Ltd vertreten durch CEO Trump Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)	26
A 04	Erhalt LDW Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)	26
A 05	Erhalt der Platanen Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)	27
A 05 -01	Änderungsantrag zu A 05 Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser)	28
A 06	Erhalt des Domshofes Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)	29
A 07	Kein Ausbau der A27 auf 6 Spuren Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)	30
A 08	Änderung der Ausbildung von Lehrern und Anpassung der Lehrpläne und Lehrumgebung Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)	30
A 09	Die Welt der Arbeit soll uns gehören! LAG Betrieb und Gewerkschaft	31
A 10	Räume für das Bremer Frauenmuseum Solveig Brand (Linksjugend · Nr. 501)	33
A 11	Protest gegen die Verhaftung von Yüksel Koc in Bremen LAG Frieden und Antimilitarismus	34
A 12	Massenmord, Vertreibung und Hungersnot in Gaza stoppen Basisgruppe Links der Weser	35
A 13	Alle wollen kürzen? Wir nicht. Basisgruppe Links der Weser	36
A 14	Besseren Zeiten entgegen: Schuldenbremse abschaffen, Umverteilen gegen Rechts Doris Achelwilm (KV Nord-West · Nr. 201)	38
A 15	Jetzt aber wirklich: Privatjets in Bremen verbieten! AG Umwelt und Klima	41
A 16	Klimagerecht handeln – sozial, sichtbar, jetzt! Wir unterstützen die Forderungen von ADFC, BUND und NABU AG Umwelt und Klima	43
A 17	Keine Zweckentfremdung der Klima-Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds in Bremen! AG Umwelt und Klima	44

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A 18	Deeskalation und Abrüstung in Nahost – für Frieden, Völkerrecht – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus: Unser Maßstab ist die Menschlichkeit Andreas Juhls (KV Nord-West · Nr. 255), Christoph Spehr (KV Mitte-Ost · Nr. 363), Nelson Janßen (KV Nord-West · Nr. 291), Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312), Klaas Anders (KV Nord-West · Nr. 251)	46
A 19	Ein starkes Zeichen für Stadtteil- und Umweltgerechtigkeit - Einführung eines Umwelt- und Sozialatlases für Bremen Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)	48
A 20	Für eine solidarische und diskriminierungsfreie Ausgestaltung der Bezahlkarte – Basiskonten für alle statt Ausgrenzung LAG MiA	50
A 21	Echte Drogenhilfe statt repressive Symbolpolitik AG Gesundheit und Pflege, Jörg Tapking (KV Nord-West · Nr. 257)	51
A 22	Betroffene von patriarchaler Gewalt besser schützen LAG Linker Feminismus Bremen, Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Doris Achelwilm (KV Nord-West · Nr. 201), Uta Beyer, Elisabeth Frey, Melanie Sauerbier, Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 207), Katharina Schmitz	53
A 23	Rüstungsindustrie kontrollieren, Verteidigungsfähigkeit sichern, Friedensorientierung stärken Kai Stührenberg (KV Links der Weser · Nr. 415), Christoph Spehr (KV Mitte-Ost · Nr. 363)	55

O - Anträge mit Organisationsbezug

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
O 01	Kein zweiter Landesparteitag 2025 Malte Lier (KV Mitte-Ost · Nr. 358)	57
O 02	Klare Abgrenzung gegen reaktionäre, verschwörungsideologische und demokratiefeindliche Positionen und Parteien Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352)	58
O 03	Anerkennung der Landesarbeitsgemeinschaft „Die Linke hilft“ als landesweiter Zusammenschluss LAG Die Linke hilft, Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)	59
O 04	Anerkennung der Arbeitsgemeinschaft Umsteuern als landesweiter Zusammenschluss "Landesarbeitsgemeinschaft Finanzpolitik" AG Umsteuern, Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)	60
O 05	Faschismus entfolgen: Distanzierung von X als politisches Signal Jonas Hildebrandt (Linksjugend · Nr. 553), Elena Budimski (Linksjugend · Nr. 551)	61
O 07	Feministische Parteipraxis stärken! LAG Linker Feminismus Bremen, Anna Fischer (KV Nord-West · Nr. 205), Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Doris Achelwilm (KV Nord-West · Nr. 201), Bullert Loki (KV Bremerhaven · Nr. 101), Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305), Anna Bredemeyer, Filippo Lamy, Melanie Sauerbier, Eva Buschhaus, Jacqueline Brinkmann	62
O 08	Die Linke erneuert sich strukturell mit einer Mandatszeitbegrenzung Basisgruppe Links der Weser	65
O 09	Gehaltsdeckelungen für Staatsrät*innen und Senator*innen Basisgruppe Links der Weser	66
O 10	Klimagerechtigkeit zum Kernthema der Linken machen! AG Umwelt und Klima	67
O 11	Für eine migrantische und antirassistische Linke. Maria Lara Moubarak, Dariush Hassanpour (KV Mitte-Ost · Nr. 353), Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312)	68
O 12	Bremerhaven bei Vorständen und Delegationen berücksichtigen Onur Kocaaga (KV Bremerhaven · Nr. 153)	74
O 13	Linke Politik für Bremen und Bremerhaven im Bundesrat Christoph Spehr (KV Mitte-Ost · Nr. 363)	75
O 14	Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - gegen die politische Instrumentalisierung durch Bundestag und Bundesregierung, für die Anerkennung der Jerusalemer Erklärung als eine tragfähige Grundlage zur Bekämpfung von Antisemitismus Ivesa Lübben, Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser)	77

Antrag R 00: Geschäftsordnung des Landesparteitages der Linken Bremen

Antragsteller/in:	Bereits beschlossen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	R - Regularien
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

- 1 1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des
- 2 Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener
- 3 Abstimmung für die Dauer der Amtszeit der Delegierten.
- 4 • das Tagungspräsidium,
- 5 • die Mandatsprüfungskommission,
- 6 • die Wahlkommission,
- 7 • die Antragskommission.
- 8 Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei DIE LINKE sind.
- 9 2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.
- 10 3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des
- 11 Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt
- 12 für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.
- 13 4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die
- 14 Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist
- 15 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten
- 16 Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes
- 17 haben Rederecht.
- 18 5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag
- 19 beschlossenen Tagesordnung.
- 20 6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das
- 21 Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der
- 22 Redner*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge
- 23 der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Erstredende Delegierte werden
- 24 innerhalb ihrer Redeliste vorgezogen.
- 25 Die Redezeit für Diskussionsredner*innen beträgt maximal vier Minuten. Längere
- 26 Redezeiten sind durch die*den Redner*in vor Beginn der Rede zu beantragen und
- 27 bedürfen der Bestätigung durch den Landesparteitag.
- 28 Delegierte haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner*innen zu stellen. Die
- 29 Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen begrenzen.
- 30 7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und
- 31 Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und
- 32 erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von

- 33 mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.
- 34 Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller*innen
35 das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein*e
36 Redner*in dagegen und ein*e Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür
37 jeweils maximal zwei Minuten.
- 38 Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden
39 Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
- 40 8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls
41 der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
42 Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese
43 ändern sollen. Sie können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.
- 44 Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf
45 besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw.
46 gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch
47 entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss.
- 48 Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jede*n Delegierte*n
49 gestellt werden.
- 50 9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb
51 der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält
52 höchstens ein*e Redner*in dagegen und eine Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit
53 beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während
54 Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.
- 55 Die Anträge „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur
56 Tagesordnung“ können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem
57 Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.
- 58 Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.
- 59 10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden
60 angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum
61 Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und
62 diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.
- 63 11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum
64 des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem
65 Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter
66 Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.
- 67 12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der
68 eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des
69 Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.
- 70 13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die
71 Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf
72 begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden
73 angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich
74 durchgeführt.
- 75 14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine

- 76 Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind
77 schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu
78 beurkunden.
79 Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.
80 Es kann eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.
81 15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
82 16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der
83 angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung
84 sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

Begründung

Die GO wurde bereits auf dem 32. Landesparteitag beschlossen und bleibt bis Ende 2025 in Kraft.

Antrag R 01: Tagesordnung und Zeitplan

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Regularien
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Anmeldung für Delegierte ab 10.30
- 2 TOP 1 Begrüßung 11.00
- 3 TOP 2 Beschluss über Tagesordnung und Zeitplan
- 4 TOP 3 Kurzberichte aus dem Bundestag und der Senatorinnen 11.15
- 5 TOP 4 Leitantrag des Landesvorstandes
- 6 4.1 Einbringung 11.50
- 7 4.2 Debatte und Beschluss 12:05
- 8 Mittagspause (13.30)
- 9 TOP 5 Bericht der Mandatsprüfungskommission 14.15
- 10 TOP 6 Wahlen
- 11 7.1 Nachwahl der Landesschiedskommission 14:20
- 12 7.2 Nachwahl der Landesfinanzrevisionskommission 14.35
- 13 TOP 7 Frauen/FLINTA*-Plenum 14:55
- 14 TOP 7 Alternative für Männer 14:55
- 15 7.1. Bericht aus dem Plenum 15:40
- 16 TOP 8 Satzungsändernde Anträge 15:55
- 17 TOP 9 Weitere Anträge an den Landesparteitag 16.15

18 TOP 10 Schlusswort 17.30

Begründung

--

Antrag R 01 -01: Änderungsantrag zu R 01

Änderungsantrag zu R 01

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Regularien
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 4 - 7

- 1 Anmeldung für Delegierte ab 10.30
- 2 TOP 1 Begrüßung 11.00
- 3 TOP 2 Beschluss über Tagesordnung und Zeitplan
- 4 TOP 3 ~~Kurzberichte aus dem Bundestag und der Senatorinnen~~ 11.00 Grußworte 11.15
- 5 ~~TOP 4~~ TOP 4 Kurzberichte aus dem Bundestag, der Bürgerschaftsfraktion und der Senatorinnen 11.30
- 6 TOP 5 Leitantrag des Landesvorstandes
- 7 4.1 Einbringung ~~11.50~~
12.00
4.2 Debatte und Beschluss ~~12:05~~12:10

Zeile 9 - 12

- 9 ~~TOP 5 Bericht der Mandatsprüfungskommission~~ 14.15-
- 10 TOP 6 Bericht der Mandatsprüfungskommission 14.15
- 11 TOP 7 Wahlen
- 12 7.1 Nachwahl der Landesschiedskommission 14:20
- 12 7.2 Nachwahl der Landesfinanzrevisionskommission 14.35
- 12 7.3 Nachwahl des Landesvorstands (quotierte Liste) 14.50

Begründung

Der Änderungsantrag ergänzt Grußworte und den Bericht der Bürgerschaftsfraktion. Außerdem gab es nach Einladung des Parteitags einen Rücktritt im Landesvorstand. Daher wollen wir den frei gewordenen Platz nachwählen.

Antrag R 01 -02: Änderungsantrag zu R 01

Änderungsantrag zu R 01

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Regularien
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 13 - 15

~~13 TOP 7 Frauen/FLINTA*-Plenum 14:55~~

~~14 TOP 7 Alternative für Männer 14:55~~

~~15 7.1. Bericht aus dem Plenum 15:40~~

Zeile 16 - 18

16 TOP 8 Satzungsändernde Anträge 15:55

17 15:15

TOP 9 Weitere Anträge an den Landesparteitag 16:15

18 15:35

9.1 Begrenzte Debatte (20 Minuten) zum O07 ("Feministische Parteipraxis stärken")

9.2 Alle weiteren Anträge

TOP 10 Schlusswort 17.30

Begründung

Der Landesvorstand schlägt vor, das Frauen-/FLINTA-Plenum und das entsprechende Ersatzangebot für cis-Männer zu streichen. Aus der Erfahrung bisheriger Landesparteitage und auch des letzten Bundesparteitags wollen wir den anlassbezogenen und unterbrechenden Charakter des Plenums stärken (dieses kann auch spontan auf Antrag einberufen werden) und es weniger stark als Routine-Tagesordnungspunkt begreifen. Außerdem ist klar: feministische Politik nach innen und nach außen ist die Aufgabe von uns allen. Deshalb schlagen wir vor, anstattdessen eine gesetzte begrenzte Debatte innerhalb des Tagesordnungspunkts Anträge zum Antrag O07 "Feministische Parteipraxis stärken" zu führen.

Antrag L 01: Gegen den Strom: Linke Politik für bezahlbares und lebenswertes Leben in Bremen & Bremerhaven – sozialen Umbau konkret machen!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Was gestern noch wie eine Dystopie klang, scheint heute schon Wirklichkeit.
- 2 Weltweit erleben wir den oligarchischen, neoliberalen und militaristischen Umbau
- 3 demokratischer Gesellschaften: imperiale Fantasien werden ausgelebt, Völkerrecht
- 4 und Grenzen ignoriert und Zoll- und Handelskriege vom Zaun gebrochen. Staaten
- 5 werden wie Unternehmen geführt, staatliche Investitionen werden radikal gesenkt,
- 6 die wichtigsten Aufgaben der Daseinsfürsorge werden privatisiert. Dazu kommen
- 7 Angriffe auf Kultur, Wissenschaft, Opposition, Bürger*innenrechte, die mittlerweile
- 8 dramatische Ausmaße angenommen haben. Gestandene Demokratien werden ausgehöhlt, die

- 9 vertrags- und regelbasierte Weltordnung wird ausgehebelt, und der Weg zu einem
- 10 autoritären Kapitalismus geebnet, der die Interessen der Reichen und Mächtigen mit
- 11 Repression und einer harten Interessenpolitik nach außen schützt.

- 12 Inmitten dieser geopolitischen Verwerfungen: Europa. Während die USA die
- 13 jahrzehntelange Bündniskultur in Frage stellen, zeigt die russische Führung wenig
- 14 Interesse, den Ukrainekrieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Sie verfolgt
- 15 weiterhin das Ziel, ihren Einflussbereich auszudehnen, die EU zu destabilisieren
- 16 und zur dominierenden Vormacht in Europa zu werden. Dem steht eine wirtschaftlich
- 17 und demografisch überlegene, aber politisch und militärisch zersplitterte EU
- 18 gegenüber, die auf Sanktionen und Aufrüstung setzt. Es ist möglich, dass sich
- 19 daraus ein langanhaltender, hybrider, asymmetrisch geführter Konflikt entwickelt,
- 20 der weiterhin Menschenleben kostet, Ressourcen verschlingt und die Bewältigung der
- 21 globalen Menschheitsfragen unmöglich macht.

- 22 Die europäische Linke muss auf diese Herausforderungen eine Antwort finden, die
- 23 einerseits die Bedrohungen von Frieden und Demokratie ernst nimmt und andererseits
- 24 vermeidet, ihrerseits in die Logik von Konfrontation und bloßer Machtpolitik zu
- 25 fallen. Völkerrecht, Kooperation zu den globalen Fragen, Aufwertung globaler
- 26 Institutionen und der Rechte der kleineren Staaten sind dabei zentrale
- 27 Bezugspunkte. Die Bündnisse, die dazu beitragen können, entsprechen nicht mehr der
- 28 bisherigen Einteilung in Ost-West oder Nord-Süd.

- 29 Die Erschütterungen dieses geopolitischen Erdbebens sind auch in Deutschland zu
- 30 spüren. Allerdings: Die Kräfteverhältnisse sind widersprüchlich. Die Bundestagswahl

31 hat die Gewichte nach rechts verschoben. Die Hetze gegen Geflüchtete,
32 Bürgergeldempfänger*innen, queere Menschen, Klimapolitik und eine angebliche
33 „Verbotspolitik“ nimmt weiter zu. Gleichzeitig gilt: Auch die Linke ist wieder da.
34 In der gesellschaftlichen Debatte sind Themen und Forderungen wieder präsent, die
35 lange Zeit an den Rand gedrängt waren. Die Schuldenbremse wird in Frage gestellt,
36 ebenso die Auffassung, der Markt werde schon alles regeln. Vermögensteuer,
37 Besteuerung von Digitalkonzernen, Entmachtung von Monopolen und Milliardenären sind
38 Tagesforderungen.

39 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle dabei einnehmen,
40 die Demokratie zu verteidigen, für Umverteilung zu kämpfen und wieder eine
41 fortschrittliche Deutung der gesellschaftlichen Herausforderungen durchzusetzen.
42 Die rechte Deutungshoheit brechen, die in zentralen Politikfeldern besteht –
43 Migration/Einwanderungsgesellschaft, Sicherheitspolitik, Außenpolitik/Verteidigung
44 u.a.: Das können wir als linke Partei nicht allein schaffen. Wir brauchen
45 gesellschaftliche Bündnisse, die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, mit
46 Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Wir brauchen eine kritische und
47 fordernde Debatte gegenüber SPD und Grünen, und sogar gegenüber der CDU, wenn es
48 darum geht, die AfD von konkreter Einflussmacht fernzuhalten. Was genau die neue
49 Regierungskoalition im Bund wirklich umsetzen wird, ist in weiten Bereichen offen.
50 Es wird davon abhängen, wofür es politische Akzeptanz und gesellschaftliche
51 Mehrheiten gibt. Wir wollen uns einmischen, Bündnisse suchen, Lösungen vorschlagen,
52 Angebote machen, zeigen, dass es anders geht, andere Mehrheiten schaffen. Dafür
53 kämpfen wir.

54 **Halbzeit für Rot-Grün-Rot in Bremen: Da geht mehr!**

55 Ziemlich genau die Hälfte der Legislatur der rot-grün-roten Koalition ist vorbei,
56 die andere Hälfte liegt noch vor uns. Die Halbzeit-Umfrage von Radio Bremen kann
57 durchaus als Bestätigung gelesen werden, dass der rot-grün-roten Landesregierung
58 grundsätzlich zugetraut wird, das Richtige zu wollen und Bremen mit gutem Kompass
59 zu steuern. Vergleichsweise gute Zustimmungswerte für unsere Senatorinnen zeigen,
60 dass linke Politik positiv wahrgenommen wird. Dennoch gilt für die Außen- wie für
61 die Innensicht auf die Koalition: Damit können wir nicht zufrieden sein, da muss
62 mehr gehen. In der zweiten Legislatur fehlt es an Schwung und an neuen, attraktiven
63 Vorhaben.

64 Das hat verschiedene Hintergründe. Viele zentrale Projekte aus der ersten
65 Legislatur sind noch nicht fertig bzw. müssen erst noch umgesetzt werden: Der
66 Landesausbildungsfonds, der dauerhafte Drogenkonsumraum, der klimaneutrale Umbau
67 der Stahlwerke oder die Rekommunalisierung der Stadtreinigung und jetzt auch von
68 HanseWasser. Andere sind bereits selbstverständlich geworden: Die Tariftreue und
69 der an den TV-L gekoppelte Landesmindestlohn, die Doppelbesetzung an Grundschulen
70 mit hohen Herausforderungen, die Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeit, die
71 Förderung von Baugenossenschaften oder Housing First. Dazu schreitet vieles
72 unaufgeregt voran: Die Eröffnung des Arisierungsmahnmals, der Gewaltschutzambulanz
73 oder weiterer Gesundheits- und Hebammenzentren in den Stadtteilen, die
74 Dezentralisierung von Drogenhilfe und Psychiatrie, die Sicherung von Räumlichkeiten

75 für die Kreativszene oder die Verstetigung der Awareness-Teams im Viertel. All das
76 würde ohne uns so nicht passieren.

77 Klar ist aber auch, dass die Koalition bei den großen „Schlusslichtpositionen“ des
78 Bundeslands (Schulleistungen, Armutsquote, Arbeitslosigkeit,
79 Frauenerwerbsbeteiligung, Mietbelastungsquote) keine realen Erfolge vorweisen kann.
80 Der Senat liefert keine realistische Einschätzung, ob mehr nicht möglich ist oder
81 was dafür nötig wäre, und benennt keine konkreten Ziele. Hinzu kommen hausgemachte
82 Probleme: Bei den „plötzlich“ fehlenden Mitteln für Arbeitsgelegenheiten oder aus
83 dem Europäischen Sozialfonds (ESF), bei den anhaltenden Steuerungsproblemen im
84 Bildungshaushalt, oder wenn die Umsetzung zentraler Projekte endlos dauert, weil
85 die ressortübergreifende Steuerung nicht klappt. Unmut und Kritik entsteht ferner
86 durch unabgestimmte Maßnahmen aus Ressorts oder Verwaltung: Von den
87 Abschiebeversuchen aus dem Kirchenasyl heraus über die Kürzung der
88 Aufstiegsfortbildungsförderung bis hin zu Razzien in Toleranzorten. Hier ist unsere
89 Verantwortung als Linke als Teil der Regierung, Missstände klar zu benennen und an
90 ihrer Behebung konstruktiv zu mitzuwirken.

91 Nach fünf Jahren, in denen als Reaktion auf wechselnde äußere Krisen immer wieder
92 die Ausnahme von der Schuldenbremse gezogen worden war, liegt eine große
93 Herausforderung in der Verstetigung temporär begonnener Maßnahmen und
94 Mittelaufstockungen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern ist dieser Übergang in
95 Bremen ohne massive Kürzungen gelungen. Dennoch ist die Situation davon geprägt,
96 dass die politischen Handlungsspielräume aufgrund der schlechten Haushaltslage
97 eingeschränkt sind. Aber auch hier wird errungenes politisches Profil immer wieder
98 ohne Not gefährdet und in Frage gestellt: beim Stadtticket, der
99 Landesantidiskriminierungsstelle, dem Härtefallfonds gegen Energie- und
100 Wassersperren, der Clearingstelle für Papierlose, bei Landesaufnahmeprogrammen oder
101 bei der Verstetigung der Drogenhilfemittel.

102 Im Bereich Inneres, Asyl und Migration geht es in dieser Legislatur nicht vorwärts,
103 sondern rückwärts. Vorhaben wie die Landesaufnahmeprogramme Syrien und Afghanistan,
104 der im Koalitionsvertrag festgeschriebene Verzicht der Verteilung von werdenden
105 Müttern in Risikoschwangerschaften, die überfällige Einrichtung einer
106 Landesantidiskriminierungsstelle oder der Beschluss eines
107 Landesantidiskriminierungs- und Partizipationsgesetzes stocken. Immer stärkere
108 Repression, die Schaffung zentraler Abschiebebehörden, die Einführung der
109 Bezahlkarte, Vertreibung von Suchtkranken vom Hauptbahnhof, Ausweitung der
110 Überwachung werden uns hingegen abverlangt. Hier ist ein Missverhältnis entstanden,
111 das es aufzulösen gilt. Auch die positiven Vorhaben im Sinne von
112 rassismusbetroffenen, geflüchteten Menschen und einer inklusiven Gesellschaft
113 müssen vorangehen und umgesetzt werden.

114 Hinzu kommen auseinanderfallende Blickrichtungen. Für die Koalitionsfraktionen
115 stehen Fragen des sozialen Zusammenhalts im Vordergrund und Maßnahmen, die nah am
116 jeweiligen „Markenkern“ liegen, sei es soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz oder
117 Sicherheit/funktionierender Staat. Senat und Ressorts sind dagegen vor allem mit
118 Langfrist-Projekten beschäftigt, die sich auf die Sicherung von Beschäftigung,

119 Standort und öffentlichen Unternehmen beziehen bzw. darauf, mit welcher Resilienz
120 das Bundesland die immer stärkeren äußeren Veränderungen überstehen kann. Beides
121 muss wieder stärker zusammengeführt werden.

122 Knappe Kassen erfordern Sorgfalt, Kreativität, gute Kommunikation und einen starken
123 sozialen Kompass, damit Kürzungen dort ansetzen, wo sie noch getragen werden
124 können. Als Linke versuchen wir, diesem Anspruch gerecht zu werden, z.B. durch den
125 engen Austausch unserer Bürgerschaftsfraktion mit den Trägern in den Stadtteilen
126 oder das Zurverfügungstellen von Mitteln aus dem Wirtschaftsressort für die
127 übergangsweise Finanzierung von sozialen Projekten.

128 Politik findet immer unter äußeren Rahmenbedingungen statt. Das darf nicht zu
129 politischer Ambitionslosigkeit führen. Bremen und Bremerhaven stehen vor großen
130 Herausforderungen: Soziale Spaltung, zunehmende Prekarisierung,
131 Transformationsdruck, Bildungsgerechtigkeit, Klimaanpassung und die wirtschaftliche
132 Lage müssen angegangen werden, damit sich beide Städte nach vorne entwickeln
133 können.

134 In diesem Umfeld ist und bleibt unser Anspruch, Politik zu machen, die für die
135 Menschen in Bremen und Bremerhaven einen realen Unterschied macht.

136 Wir wollen...

- 137 • eine zwischen Koalitionsfraktionen und Senat entwickelte Roadmap, welche
138 Projekte bis zum Ende der Legislaturperiode prioritär abgeschlossen werden
139 sollen.
- 140 • aus Bremen stärker bundespolitisch wirken und im Bundesrat einen AfD-
141 Verbotsantrag mit voranbringen. Außerdem wird durch das wiedergewonnene
142 Bundestagsmandat auch die Verzahnung mit bundespolitischen Entwicklungen und
143 Vorhaben wieder gestärkt.
- 144 • eine Weichenstellung für die Zeit nach dem 2028 auslaufenden Bildungskonsens.
145 Aus unserer Sicht sind dabei vorrangig: Ein Entwicklungspfad zu einem
146 einheitlichen Schulsystem für alle, bei dem Differenzierung individuell
147 erfolgt und nicht über Schulformen („eine Schule für alle“); eine starke
148 Progression bei der Mittel- und Personalzuweisung zugunsten von Schulen mit
149 höheren Herausforderungen; Annäherung ans Stadtstaatenniveau bei den Ausgaben
150 pro Schüler*in binnen 4 Jahren.
- 151 • einen Haushaltsentwurf, der die Drogenhilfe und die von den Fraktionen
152 nachgesteuerten Mittel verstetigt, die notwendigen Investitionsbedarfe
153 absichert (einschließlich Hafen-Sanierung und Geno-Restrukturierung) und
154 belastbar kalkuliert ist. Die zusätzlichen Spielräume durch die
155 Verschuldungsregel und das Sondervermögen des Bundes müssen genutzt werden.
156 Dabei dürfen zusätzliche Ressourcen nicht nur in „Straßen, Brücken und Beton“
157 fließen, sondern müssen auch für Kinder, Soziales, Arbeitsförderung, Frauen,
158 Stadtteilgesundheit, Inklusion und Aufnahme von Geflüchteten bereitgestellt
159 werden. Das Wegbrechen sozial substanzieller Infrastruktur muss verhindert
160 werden.

- 161 • dass das Bekenntnis, dass Bremen ein weltoffenes Bundesland ist, mit Leben
162 gefüllt wird. Wir erwarten Ergebnisse bei der Umsetzung von
163 Antidiskriminierungsstrukturen wie der LADS und die Ausschöpfung der
164 verbliebenen Ermessensspielräume im Sinne der Geflüchteten in der
165 Behördenpraxis in den Migrationsämtern Bremen und Bremerhaven.
166 (Ketten)Abschiebungen nach Syrien oder Afghanistan lehnen wir ab.
- 167 • die Weiterentwicklung der integrierten Drogenhilfe-Strategie und der Istanbul-
168 Strategie gegen häusliche Gewalt, Verständigung auf eine gemeinsame,
169 integrierte Sicherheits-Strategie. Verdrängung und Symbolpolitik sind keine
170 Lösungen, wir brauchen nachhaltige Hilfsangebote, die wirklich helfen.
- 171 • die Intensivierung der Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik, insbesondere
172 was den Ausbau der erneuerbaren Strom- und Wärmeerzeugung, den Erhalt und die
173 Entwicklung der Grün- und Gewässerflächen in Bremen und Bremerhaven, wie auch
174 die Ausweitung und Modernisierung des Radverkehrsnetzes und die Umsetzung des
175 Hitzeaktionsplans angeht.
- 176 • eine Wirtschaftsstrategie, die nicht nur die bestehenden Industrien und
177 Arbeitsplätze sichert und dekarbonisiert, sondern auch soziale Innovation und
178 neue Zukunftstechnologien fördert. Die Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze von
179 morgen werden im Zusammenspiel von Kreativwirtschaft, Robotik, Social
180 Entrepreneurship, alternativen Wirtschaftsformen, New Work und einer
181 gesellschaftlich verantwortlich regulierten KI entstehen. Diese Vision wollen
182 wir stärker sichtbar machen.

183 Darüber hinaus wollen wir das Hauptaugenmerk unserer landespolitischen Arbeit in
184 den kommenden zwei Jahren auf eine spürbare Verbesserung der unmittelbaren
185 Wohnsituation ausrichten. Denn:

186 **Unser Zuhause muss bezahlbar sein!**

187 Die Nachfrage des Nebenkosten-Checks und der Mietwucher-App der Linken im Wahlkampf
188 hat gezeigt, was auch Untersuchungen wie die Wohnarmutsstudie des Paritätischen
189 Wohlfahrtsverbands deutlich machen: Hohe Kosten beim Wohnen sind eine enorme
190 Belastung für viele Menschen. Und das ist keine Überraschung, denn freier Markt und
191 Wettbewerb dienen nicht dem Wohl der Mehrheit der Menschen in Bremen und
192 Bremerhaven. Ganz im Gegenteil: Allein in den letzten fünf Jahren sind die
193 Quadratmeterpreise bei Neuvermietungen in Bremen um knapp 40 Prozent gestiegen.
194 Damit steigern Mieter*innen die Profite derjenigen, denen der Wohnraum gehört.
195 Bezahlbares Wohnen wollen wir nicht isoliert betrachten – auch die rasant
196 steigenden Nebenkosten, teils durch systematische Abzocke, verschärfen die
197 Wohnkrise.
198 Verfallende Problemimmobilien zwingen viele Mieter*innen in unwürdige
199 Lebensverhältnisse und zeigen das Versagen bei der Instandhaltung und Kontrolle von
200 Wohnraum. Wenn das Grundbedürfnis nach Wohnraum ausgenutzt wird, um Renditen zu
201 steigern, erleben wir Verdrängung und schließlich den Verlust des Einflusses
202 darüber, wie Wohnraum und Nachbarschaften gestaltet werden sollen. Und auch
203 Rassismus auf dem Wohnungsmarkt führt dazu, dass Betroffene besonders häufig

204 benachteiligt oder betrogen werden und deutlich schlechteren Zugang zu angemessenem
205 Wohnraum haben. Holen wir uns die Stadt zurück! Denn wir wollen eine Stadt, in der
206 nicht die Logik der grenzenlosen Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der
207 Menschen im Mittelpunkt stehen. Der Kampf gegen explodierende Mieten und
208 Verdrängung, der Aufbau einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und die
209 Vergesellschaftung essentieller Bereiche werden daher Schwerpunkte unserer
210 politischen Arbeit in Bremen und Bremerhaven sein. Dabei nehmen wir auch Bereiche
211 der Daseinsvorsorge wie Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung in den Blick:
212 Holen wir sie zurück unter demokratische Kontrolle, stoppen wir auch die rasante
213 Steigerung der Nebenkosten. So bringen wir noch 2025 eine Wohnkampagne auf den Weg.
214 Wir laden unsere Verbündeten zu einem Landespolitischen Ratschlag ein, um geeignete
215 Maßnahmen zu diskutieren. Wir gehen an die Haustüren und treten gezielt in den
216 Austausch mit Mieter*innen. Wir wollen hören, wo die Probleme der Menschen sind und
217 konkrete Hilfe anbieten. Wir organisieren Stadtteilversammlungen und bringen
218 Politik dorthin, wo sie hingehört: in die Quartiere. Dort, wo wir feststellen, dass
219 Vermieter*innen menschenunwürdige Wohnbedingungen zulassen, fordern wir ihre
220 Enteignung zum realen (Schrott-)Wert und die Vergesellschaftung des Wohnraums ein.
221 Damit dies möglich ist, bringen wir in der Bürgerschaft einen Antrag für die
222 Schärfung des Landesenteignungsgesetzes ein. Langfristig setzen wir uns für die
223 Vergesellschaftung größerer Wohnbestände ein. Unsere Wohnkampagne kann dabei eine
224 Grundlage für die Mobilisierung für einen Volksentscheid sein.

225 Darüber hinaus wollen wir:

- 226 • ein Maßnahmenpaket für die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum ausarbeiten.
227 Dabei denken wir an mehr öffentliches Bauen und Sanieren, die Enteignung
228 langjähriger Baulücken sowie die Einrichtung einer öffentlichen Stelle zur
229 Überprüfung der Mietpreisangemessenheit nach Frankfurter Vorbild.
- 230 • dass Mietwohnungen nicht mehr als Ferienwohnungen angeboten werden dürfen. Für
231 nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir eine Fair
232 B'n'B Alternative zu profitorientierten Anbietern wie AirBnB schaffen.
- 233 • zeitnahe Entscheidungen zur Rekommunalisierung in den Bereichen Müllabfuhr und
234 Abwasser sowie zum Aufbau bzw. zur Ausstattung öffentlicher Gesellschaften in
235 strategischen Investitionsbereichen herbeiführen. So begrenzen wir die
236 Steigerung von Gebühren und damit von Nebenkosten.
- 237 • die Schaffung einer Gesellschaft für Gemeinschaftswohnen, die gezielt Wohnraum
238 für Geflüchtete und Wohnungsnotfälle schafft oder anmietet. Das ist
239 sozialpolitisch und finanzpolitisch die richtige Herangehensweise.

240 **Wir wachsen. Wir mobilisieren. Wir wollen mehr!**

241 Wir haben im Land Bremen gegen alle Erwartungen und Widrigkeiten noch nie ein
242 besseres Bundestagsergebnis erkämpft wie in diesem Wahlkampf (bundesweit das
243 drittbeste Ergebnis unter den Landesverbänden) und mit Doris Achelwilm wieder eine
244 Bremer Vertreterin in Berlin, die unsere Anliegen in Bundestag und
245 Bundestagsfraktion tragen und unsere Kapazitäten erweitern wird.

246 Während des Bundestagswahlkampfes ist die Linke stark gewachsen. Auch im
247 Landesverband Bremen hat sich in den letzten Monaten unsere Mitgliederzahl mehr als
248 verdoppelt. Wir erleben eine neue Energie, die uns spürbar vorantreibt: Initiativen
249 wie Die Linke hilft, oder Die Linke vor Ort, ein gestärkter Kreisverband in
250 Bremerhaven, ein wiederbelebter Ortsverband in Bremen Nord, eine frische
251 Basisgruppe West, neue Arbeitsgemeinschaften, eine großartige Mobilisierung zum 1.
252 Mai, eine Rote Frühlingsakademie, all das zeigt, dass durch unsere Neumitglieder
253 frischer Wind in unseren Landesverband kommt und die Linke in Bremen und
254 Bremerhaven Fahrt aufnimmt.

255 Dieses Moment gilt es jetzt, zwei Jahre vor der nächsten Bürgerschaftswahl zu
256 nutzen, zu verstetigen, gar auszubauen!

257 Denn: Wir wollen mehr! Mehr Zuhören, was die Menschen, für die wir Verbesserungen
258 wollen, umtreibt. Mehr Klarheit, was linke Politik den Menschen bringt, denen wir
259 in unseren Stadtteilen, Nachbarschaften, Betrieben und bei unseren Aktivitäten
260 begegnen. Mehr Überzeugung, dass unsere Politik dem Kapitalismus die Stirn bietet
261 und sich schützend vor die Menschen und unsere Demokratie stellt. Und schließlich:
262 mehr betriebliche Verankerung, konkrete Sichtbarkeit, Stadtteil-Beiräte,
263 Stadtverordnete und Bürgerschaftsabgeordnete, um linke Politik in Bremen und
264 Bremerhaven aktiv durchzusetzen.

265 Dazu wollen wir...

- 266 • unseren Mitgliedern vielfältige Angebote zu politischer Bildung machen,
- 267 • die Vernetzung zwischen Kreisverbänden, Basisgruppen, Beiräten, Fraktion,
268 Senatorinnen und unserer Bundestagsabgeordneten verstärken,
- 269 • die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen unseren fachpolitischen
270 Landesarbeitsgemeinschaften fördern,
- 271 • zielgruppenorientiert Veranstaltungen und Aktionen auf die Beine stellen,
- 272 • aktiv Stadtteilarbeit aufbauen und forcieren
- 273 • unsere betriebliche Verankerung für die anstehenden sozialen Kämpfe ausbauen,
- 274 • unseren Landesverband entsprechend unserer feministischen Ansprüchen
275 weiterentwickeln. Wir wollen Frauen und Queers stärken und Räume schaffen, die
276 zugänglich und diskriminierungsfrei bzw. -sensibel sind.
- 277 • unsere Strukturen auf ihre Aktualität überprüfen und ggf. Satzungsänderungen
278 auf den Weg bringen.
- 279 • Mitglieder auf ihrem Weg in und durch die Partei und ihre Strukturen
280 unterstützen, motivieren und fortbilden, um Funktionen in der Partei zu
281 übernehmen, sodass wir 2027 gut aufgestellt in die Wahlen für die
282 Stadtteilbeiräte, die Bremische Bürgerschaft und die Bremerhavener
283 Stadtverordnetenversammlung gehen.

284 **Noch zwei Jahre bis zur Bürgerschaftswahl 2027! Wir sind bereit! Wir wollen mehr!**

Begründung

Leitantrag des Landesvorstandes

Antrag S 01: Anpassung der Landessatzung an die Bundessatzung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Anträge mit Satzungsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 ERSTENS
- 2 §1 der Landessatzung wird wie folgt geändert:
- 3 §1 Name, Sitz und Tätigkeit
- 4 (1) Der Landesverband Bremen der Partei Die Linke ist ein Gebietsverband der Partei
- 5 Die Linke in der Bundesrepublik Deutschland. Sein Tätigkeitsgebiet ist das
- 6 Bundesland Freie Hansestadt Bremen.
- 7 (2) Der Landesverband führt den Namen Die Linke Landesverband Bremen oder Die Linke
- 8 Bremen und Bremerhaven, wobei „Landesverband Bremen“ oder „Bremen und Bremerhaven“
- 9 Zusatzbezeichnungen sind, die bei Wahlen weggelassen werden können. Die
- 10 Kurzbezeichnung lautet Die Linke.
- 11 (3) Der Sitz des Landesverbandes ist die Stadt Bremen.
- 12
- 13 ZWEITENS
- 14 Im Folgenden wird in der Landessatzung die Schreibweise DIE LINKE in Die Linke
- 15 geändert. Deklinierte Schreibweisen werden entsprechend des Casus geändert.
- 16
- 17 DRITTENS
- 18 In §10 Absatz wird in Absatz 4 das Wort „Bundesausschusses“ durch das Wort
- 19 „Parteirats“ ersetzt.

Begründung

Die Partei hat auf dem Parteitag im Oktober 2024 die Satzung entsprechend geändert. Das wird mit dieser Änderung nachvollzogen.

Antrag S 02: Abschaffung der Höchstmitgliederzahl in Kreisvorständen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Anträge mit Satzungsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 §7 der Landessatzung wird wie folgt geändert:
- 2 In Absatz (3) wird in Satz 2 vor das Wort "drei" das Wort mindestens eingefügt und
- 3 die Wörter "bis sechs" werden gestrichen.
- 4 So dass dich folgender neuer Wortlaut ergibt:
- 5 §7 Kreisverbände
- 6 (...)
- 7 (3) Organe des Kreisverbandes sind mindestens die Kreismitgliederversammlung und
- 8 der Kreisvorstand. Der Vorstand von mindestens drei Mitgliedern wird für die Dauer
- 9 von zwei Jahren gewählt. (...)

Begründung

Die Höchstgrenze von sechs Mitgliedern eines Kreisvorstandes ist angesichts der Mitgliederentwicklung nicht mehr angemessen.

Antrag S 03: Modernisierung von Einladung und Antragsstellung

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Anträge mit Satzungsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 ERSTENS
- 2 §12 der Landessatzung wird wie folgt geändert:
- 3 In Absatz (2) wird in Satz 1 „schriftliche (postalische oder elektronische)“

- 4 gestrichen. Im Folgenden wird „aller Mitglieder der Partei“ durch „der
5 Kreisvorstände“ ersetzt Es wird ein neuer Satz 3 angefügt: „Delegierte, können auf
6 Wunsch die Unterlagen gedruckt erhalten.“
- 7 Der Wortlaut ist dann:
- 8 „(2) Der Landesparteitag wird vom Landesvorstand mit einer Frist von sechs Wochen
9 durch Einladung der Delegierten, der Kreisvorstände, des Jugendverbandes und der
10 anerkannten Zusammenschlüsse einberufen. Vorläufige Tagesordnung, Tagungsort und
11 –zeitpunkt sind beizufügen. Delegierte können auf Wunsch die Unterlagen gedruckt
12 erhalten“
- 13
- 14 ZWEITENS (Anträge)
- 15 In Absatz (5) wird in Satz 2 geändert in: Sie werden sofort im digitalen
16 Antragsverwaltungssystem – zu dem jedes Mitglied des Landesverbandes Zugang
17 erhalten kann – veröffentlicht und nach Antragsschluss auf die Webseite der Linken
18 Bremen gestellt, sodass die Delegierten noch die Gelegenheit haben, sich mit den
19 Mitgliedern, die sie gewählt haben, zu beraten.

Begründung

Anpassung an die heutige Zeit, die Ursprungsformulierung gab den Stand der Technik von vor 18 Jahren wieder. Selbstverständlich können Delegierte und Mitglieder auf Wunsch auch gedruckte Antragshefte erhalten.

Antrag S 04: Wahl des Landesparteitages durch Ortsverbände ermöglichen

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Anträge mit Satzungsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 §11 Absatz 4 der Landessatzung wird wie folgt neu gefasst:
- 2 "Die Kreisvorstände legen per Beschluss die Delegiertenwahlkreise fest, in denen
3 die Delegierten zu wählen sind. Ein Delegiertenwahlkreis umfasst dabei einen oder
4 mehrere Ortsverbände des Kreisverbandes. Die Wahl erfolgt in einer
5 Mitgliederversammlung des Delegiertenwahlkreises. Es ist möglich in einem
6 Kreisverband genau einen Delegiertenwahlkreis zu bilden. In diesem Fall oder wenn

- 7 ein Kreisverband nicht flächendeckend in Ortsverbände untergliedert ist, werden die
- 8 Delegierten auf der Kreismitgliederversammlung gewählt. Die Verteilung der
- 9 Delegierten auf die Delegiertenwahlkreise erfolgt Paarweise nach Adams."

Begründung

Eine Partei baut sich von Unten nach oben auf. Delegierte sollten nach Möglichkeit auf der niedrigsten Ebene der Gebietsverbände gewählt werden können. Die vorgeschlagene Änderung lässt dieses zu.

Das Verfahren der Delegiertenaufteilung erfolgt paarweise nach Adams: Zunächst bekommt jeder Delegiertenwahlkreis zwei Delegierte. Die weiteren Delegierten werden paarweise nach dem Höchstzahlverfahren der Divisorenreihe mit ganzen Zahlen oder aber per Divisorverfahren mit Abrundung vergeben.

Antrag S 05: Abschaffung des Landesrates

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Anträge mit Satzungsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landessatzung wird wie folgt geändert:
- 2
- 3
- 4 Die §§16 bis 18 (Kapitel 4.3. Landesrat) werden gestrichen. Im Text der
- 5 Landessatzung wird "Landesrat" entsprechend gestrichen.
- 6
- 7

Begründung

Der Landesrat tagt so gut wie nie. Seine Aufgaben sind unklar in einem Landesverband wie Bremen, bei dem kurze Wege die Regel sind.

Wir brauchen den Landesrat nicht.

Die Aufgaben des Landesrates sind bereits in der Satzung auch anderen Organen bei Abschaffung des Landesrates ausreichend zugewiesen:

Finanzplan: Landesvorstand (bereits in §13 Absatz 2 Buchstabe a)

Delegiertenschlüssel zum Landesparteitag: Landesvorstand (bereits in §13 Absatz 2 Buchstabe e)
(Gründung und Zusammenlegung von Kreisverbänden: ist bereits jetzt auch Aufgabe des
Landesparteitages (§7 Absatz 2)

Mitgliederentscheid: Hier kann bisher der Landesparteitag oder ein Quorum von Kreisverbänden
oder Mitgliedern diesen herbeiführen, das ist ausreichend

Antrag S 06: Delegiertenschlüssel für Landesparteitag

Antragsteller/in:	Günter Matthiessen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Anträge mit Satzungsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Delegiertenschlüssel für den Landesparteitag ist in Zukunft so festzusetzen,
- 2 dass Bremerhaven mindestens ein Fünftel der Delegiertenmandate erhält.

Begründung

Aufgrund der bundesweiten Sondersituation des Landesverbandes Bremen ist Bremerhaven strukturell benachteiligt. In der Kommune Bremen leben etwa vier Fünftel der Bevölkerung. Der Anteil der Genoss*innen in der Kommune Bremen ist aus Gründen der unterschiedlichen Struktur der beiden Städte des Landes noch ungünstiger für Bremerhaven.

Die Landesarbeitsgemeinschaften tagen in der Regel in der Kommune Bremen, was eine Mitarbeit der Bremerhavener Genoss*innen schwieriger macht; eine Verlegung der Tagungsorte nach Bremerhaven würde die Situation nicht verbessern, sondern insgesamt eher verschlechtern.

Auf den Landesparteitagen haben die Bremerhavener Genoss*innen in der Vergangenheit eher eine periphere Rolle gespielt. Dieses war in den vergangenen vier bis fünf Jahren noch schwieriger, da aufgrund einer allgemeinen Krise der Partei die Anzahl der aktiven Genoss*innen in Bremerhaven sehr gering war. Dieses hat sich im letzten halben Jahr geändert. Für einen Neuanfang und eine bessere Integration in die Partei sollte als Ausgleich für die strukturellen Nachteile eine bessere Beteiligung Bremerhavens an den Landesparteitagen gegeben sein.

Antrag A 01: Hitze in der Überseestadt bekämpfen – ein lebenswertes Quartier für alle!

Antragsteller/in:	Klaas Anders (KV Nord-West · Nr. 251)
Status:	zugelassen

Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Fraktion die Linke in der Bremischen Bürgerschaft auf, sich
- 2 konsequent und zeitnah für mehr Schattenplätze und Bodenentsiegelung im Bereich
- 3 der Bremer Überseestadt einzusetzen.

Begründung

Die Bremer Überseestadt wächst als diverses und durchmischtes Quartier immer weiter. Gleichzeitig gehört sie laut Hitzeaktionsplan der Stadt zu den besonders stark versiegelten Stadtteilen Bremens – mit einer überdurchschnittlich hohen Wärmebelastung. Das überrascht nicht: Große Flächen sind asphaltiert oder gepflastert, es fehlt an Begrünung und schattenspendenden Elementen. Die öffentlichen Plätze, die es gibt, von Skatepark bis Überseewiese bis zu den Stufen am Ludwig Franzius Platz entwickeln im Sommer Temperaturen, die kaum auszuhalten sind.

Die negativen Auswirkungen dieser extremen Versiegelung treffen jedoch nicht alle Menschen im Stadtteil gleichermaßen. Wer in einer klimatisierten Wohnung lebt und mit dem Auto direkt vorfährt, leidet nicht unter der Hitze. Viele Bewohner*innen – insbesondere in den bezahlbaren (Sozial-)Wohnungen – haben diese Möglichkeiten nicht. Sie sind der Hitze ungeschützt ausgesetzt und haben kaum Zugang zu kühlen Rückzugsorten oder grünen Freiflächen. Als Linke müssen wir lebenswerte Stadteile für alle Bewohner*innen schaffen und dürfen die stadtplanerischen Fehler der Überseestadt nicht ignorieren.

Daher ist es aus stadtklimatischer und sozialer Sicht dringend notwendig, gerade in hochverdichteten, stark versiegelten Bereichen wie der Überseestadt mit gezielten stadtplanerischen Maßnahmen gegenzusteuern. Eine konsequente Entsiegelung, mehr Begrünung und öffentliche Schattenplätze verbessern nicht nur das Klima vor Ort, sondern machen das Quartier für alle Menschen lebenswerter – wovon besonders Menschen mit niedrigen Einkommen profitieren würden.

Dieses besonders stark versiegelte Quartier umzugestalten kann auch der Hitzeentwicklung in den benachbarten Gebieten in Walle entgegen wirken und wäre daher ein wichtiger Beitrag für ein klimagerechtes Bremen.

Antrag A 02: Sicherheit durch Soziales statt Überwachung

Antragsteller/in:	Jan Krause (KV Mitte-Ost · Nr. 711)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Entscheidung: wie Empfehlung abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Die Linke Bremen lehnt die im Konzept der Polizei Bremen vorgesehene
- 2 polizeiliche Videoüberwachung im Bereich Ziegenmarkt/Brunnenstraße ab.
- 3 2. Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich in Partei und Koalition gegen eine
- 4 Ausweitung von dauerhafter Videoüberwachung in dicht besiedelten Wohngebieten
- 5 einzusetzen, insbesondere wenn deren Wirksamkeit fraglich ist und sozialpolitisch
- 6 nachhaltigere sowie kostengünstigere Maßnahmen zur Verfügung stehen.
- 7 3. Statt repressiver Überwachung fordern wir:
- 8 • – den Ausbau von aufsuchender Sozialarbeit im Viertel (z.B. langfristige
- 9 Finanzierung der Awareness-Teams),
- 10 – langfristige Projekte zur Drogenprävention und -hilfe (z.B. Konsumräume und
- 11 Streetworker),
- 12 – eine stärkere Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur (Verbesserung der
- 13 Beleuchtung),
- 14 – personelle Präsenz durch zivile Ansprechpartner*innen statt Kameras.

Begründung

Mit dem Konzept zur Videoüberwachung am Ziegenmarkt plant die Polizei Bremen u.a. die dauerhafte Installation von Kameras an sechs verschiedenen Orten auf dem Ziegenmarkt und umliegenden Straßen. Die Maßnahme wird mit einer Vielzahl von Straftaten begründet – darunter Eigentums-, Körperverletzungs- und Betäubungsmitteldelikten.

Doch bereits die zugrunde liegende Kriminalitätsanalyse ist methodisch fragwürdig. Die zweitgrößte Deliktgruppe – mit 544 Fällen etwa ein Viertel aller Fälle – wird lediglich als “Sonstige Straftaten” zusammengefasst. Darunter fallen auch Delikte wie Beleidigung oder Betrug, die für den Zweck der Videoüberwachung irrelevant sind, da sie nicht visuell erfasst oder verhindert werden können. Eine solche undifferenzierte Datenlage ist ungeeignet, um daraus wirksame sicherheitspolitische Maßnahmen abzuleiten. Eine Bereinigung und Differenzierung wäre notwendig, bevor weitreichende Maßnahmen wie eine dauerhafte Überwachung beschlossen werden.

Auch die Art der Kriminalität im Viertel legt nahe, dass hier eher sozial- und gesundheitspolitische Antworten gefragt sind: Ein Großteil der aufgeführten Delikte steht im Zusammenhang mit Drogenkonsum und -handel. Anstelle eines Präventionseffekts ist daher eher mit einem Verdrängungseffekt zu rechnen. Kameras lösen keine sozialen Probleme – sie verlagern diese.

Hinzu kommt: Die Maßnahme ist mit über 340.000 Euro Investitions- sowie jährlich 28.000 Euro Betriebskosten teuer, invasiv und in ihrer Wirkung nicht systematisch evaluiert. Es ist zu bezweifeln, dass sie Kriminalität reduziert statt sie nur zu verschieben.

Auch in Hinblick auf die Grundrechte der Anwohner*innen ist eine dauerhafte Überwachung eines

innerstädtischen Wohngebiets nicht akzeptabel. Die hohe soziale Dichte, kulturelle Diversität und der öffentliche Raum des Viertels sind Ausdruck urbanen Lebens – keine Gefahrenzone.

Insgesamt ist mehr als fraglich, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen den Zweck der Prävention und Abwendung von Straftaten herbeiführen können und ob die Maßnahmen der Videoüberwachung verhältnismäßig zur permanenten Aufzeichnung von Bürger*innen sind.

Wir fordern: Die Mittel sollen in Maßnahmen fließen, die Menschen tatsächlich unterstützen, nicht überwachen. Für eine linke Sicherheitspolitik bedeutet das: sozial statt repressiv.

Antrag A 03: Erwerb von "New Mexiko" von der USA Ltd vertreten durch CEO Trump

Antragsteller/in:	Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Partei Die Linke wird aufgefordert, auf Bundesebene und EU-Ebene für einen
- 2 Erwerb des US-Bundesstaates einzusetzen.

Begründung

Da die USA bis jetzt keinen Beschluss verfasst hat, "New Mexiko" in "New Amerika" umzubenennen, sollte eine Erwerbung des Bundesstaates und als Teil Deutschlands und der EU integriert werden. Dann kann dort ein Zoll-Auslands-Hafen mit großen Flächen für Lagerung und Anpassung von Exportwaren errichtet werden. Dadurch würde eine Art Niemandsland errichtet um Exporte in die USA dort Zollfrei zu stellen.

Antrag A 04: Erhalt LDW

Antragsteller/in:	Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Das Klinikum Links der Weser (LDW) soll in seiner bisherigen Funktion und Umfang

- 2 erhalten bleiben. Ferner soll festgestellt werden, das die Verlagerung in das
- 3 Klinikum Bremen-Mitte (KBM) eine Verschlechterung der Versorgung der
- 4 Umlandgemeinden für Akut.Fälle darstellt.
- 5 Dazu soll die Fraktion Die Linke in der Bürgerschaft einsetzen, Verhandlungen mit
- 6 den umliegenden Landkreisen und der niedersächsischen Landesregierung aufzunehmen
- 7 um die Finanzierung LDWs zu verbessern.

Begründung

Für das Umland ist die Verlagerung des LDW nach KBM eine deutliche Verschlechterung der klinischen Akut-Versorgung. RTW-Transporte werden durch zusätzliche Zeitaufwand teilweise erheblich ausgebremst: Rush-Hour morgens und abends. Und der Sanierungsstau der Brücken tut dann auch noch ein übriges. Die Erdbeerbrücke (Carl Carstens Brücke) ist nur einspurig. Auch für geplante Aufenthalte kommen zusätzliche Kosten auf die Solidargemeinschaft zu.

Das Personal würde zumindest teilweise abwandern und sich wohnortnah neue Arbeitsplätze suchen und dadurch den Kräftemangel in Bremen verstärken.

Antrag A 05: Erhalt der Platanen

Antragsteller/in:	Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Platanen auf der Neustadt-Seite bleiben bis auf weiteres erhalten. Die Fraktion
- 2 Die Linke in der Bürgerschaft wird aufgefordert, alle Streit-Parteien an einen
- 3 Tisch zusammen zu ziehen und einen Kompromiss zu erarbeiten, bei dem die Platanen
- 4 erhalten bleiben.

Begründung

Auch auf der Altstadtseite sind Bäume, die ggf. bei Hochwasserschutzarbeiten im Weg sind. Das Vorgehen auf der Neustadt-Seite kann dann als (schlechte) Blaupause für die Altstadt-Seite dienen.

Die Platanen zu fällen kann unter Umständen die neue Uferanlage und die Strasse "Am Deich" auf längere Sicht genau das Gegenteil bewirken. Bedeutet: Erhebliche Absackungen im Uferbereich und ggf. Unterspülung. Folge: Überschwemmung der Neustadt und grössere Landverluste. (Vergleich: Hamburger Sturmflut 1963).

Antrag A 05 -01: Änderungsantrag zu A 05

Änderungsantrag zu A 05

Antragsteller/in:	Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 4

- 1 Die Platanen auf der Neustadt-Seite bleiben bis auf weiteres erhalten. Die Fraktion
- 2 Die Linke in der Bürgerschaft wird aufgefordert, alle Streit-Parteien an einen
- 3 Tisch zusammen zu ziehen und einen Kompromiss zu erarbeiten, bei dem die Platanen
- 4 erhalten bleiben.

Nach dem Erfolg einer Mannheimer Bürgerinitiative, die sich ähnlich wie in Bremen für einen Hochwasserschutz mit Erhalt des vorhandenen Baumbestandes durch eine Spundwand, aktuell erfolgreich eingesetzt hat, unterstützen wir die Forderung der Bremer Bürgerinitiative „BI-Platanen am Deich - <https://bi-platanen-am-deich.jimdoweb.com/> diese Lösung auch in Bremen anzuwenden.

Unsere Abgeordneten in der Bürgerschaft werden aufgefordert, sich für diese technische Lösung, die den Hochwasserschutz und den Erhalt der Platanen an der Weser sichert, einzusetzen

Begründung

„siehe Stellungnahme der BI-platanen-am-deich:
<https://bi-platanen-am-deich.jimdoweb.com/>

Make it linke Mannheim

„Wir sind Ingenieure: Geht nicht, gibt's nicht!“

ERFOLG FÜR BI IN MANNHEIM - KARLSRUHE ENTSCHEIDET FÜR HOCHWASSERSCHUTZ MIT BAUMERHALT

Was in Bremen insbesondere von den GRÜNEN Senatorinnen und Senatoren gebetsmühlenartig seit Jahren als Ding der Unmöglichkeit dargestellt wird, ist nun offenbar am Rheinhochwasserdamm in Mannheim doch möglich!

Eine Bürgerinteressengemeinschaft setzt sich, ebenso wie unsere BI in Bremen, seit Jahren für sicheren Hochwasserschutz *mit* dem Erhalt des wertvollen Baumbestand auf dem Rheindamm ein

und hatte es bis dato mit massivem Widerstand des zuständigen Regierungspräsidiums in Karlsruhe zu tun. Die rigorosen Planungen des Regierungspräsidiums sahen, ebenso wie in Bremen, einen massiven Kahlschlag des Baumbestands vor, um den Damm zu ertüchtigen. Doch nun hat dort glücklicherweise ein Umdenken um 180 Grad stattgefunden!

Die Planungen wurden ganz aktuell grundlegend dahingehend geändert, den Hochwasserschutz nunmehr, wie von der BI in Mannheim gefordert, mit einer Spundwand herzustellen, was den Erhalt der allermeisten Bäume auf dem Hochwasserdamm ermöglichen würde.

Der zuständige Projektleiter wird in der Presse mit Bezug auf die Machbarkeit von sicherem Hochwasserschutz *mit* Baumerhalt, mit der Aussage zitiert: „**Wir sind Ingenieure: Geht nicht, gibt's nicht!**“

An dieser Aussage sollten sich der in Bremen für das geplante Betonmonster an der Weser technisch verantwortliche Stabsstellenleiter Ing. H. Krebs und Umweltsenatorin Moosdorf einmal ein Beispiel nehmen. Auch in Bremen ist sicherer Hochwasserschutz mit Erhalt der klima- und gesundheitschützenden Platanen möglich.

Dazu passend, die Aussage des renommierten und insbesondere mit den Hochwasserbedingungen an der Weser vertrauten Wasserbauingenieurs *Hans van Assen* mit Bezug auf das von unserer BI vorgelegte [Alternativkonzepts](#):

„Nachdem ich die Vorlagen durchgearbeitet hatte, kam ich zu dem gleichen, im Gutachten vorgeschlagenen Schluss, dass eine landseitige Spundwand die einfachste, kostengünstigste und am wenigsten risikobehaftete Lösung sei.“

Für unsere BI ist die gute Nachricht aus Mannheim eine große Motivation, uns auch weiterhin voller Engagement für sicheren Hochwasserschutz *mit* Erhalte der wertvollen Platanen am Neustädter Deich einzusetzen!

Siehe zum Erfolg der Bürgerinitiative in Mannheim:

<https://www.big-lindenhof.de/projekte/rheindammsanierung/kahlschlag-vom-tisch/> “

Antrag A 06: Erhalt des Domshofes

Antragsteller/in:	Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Bürgerschaftfraktion Die Linke wird aufgefordert, sich für einen Stopp und die
- 2 Einleitung einer Volksabstimmung (bei der nächsten Wahl) einzusetzen.

Begründung

Die Durchführung einer Volksabstimmung über die Zukunft der Gestaltung des Domhofes ist die beste Möglichkeit, alle Personen an der Gestaltung mitwirken zu lassen. Bis heute haben viele Personen und Parteien sich an einer Umgestaltung gemacht und immer wieder durch den Widerstand der Marktbesicker und anderer Nutzer und Anlieger (aus-)gebremst worden. Auch Bürgerschaftspräsidenten !!

Für eine Abstimmung ist genug Zeit vorhanden. Die in Bremen anstehende Einheitsfeier soll nämlich ohne eine störende Baustelle durchgeführt werden.

Antrag A 07: Kein Ausbau der A27 auf 6 Spuren

Antragsteller/in:	Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Bürgerschaftfraktion Die Linke wird aufgefordert, sich für einen Stopp und die
- 2 Aufhebung aller Pläne für einen Ausbau der A27 vom Anschluss Überseestadt zum
- 3 Bremer Kreuz einzusetzen.

Begründung

Der Ausbau führt zu unkalkulierbaren Zusatzkosten welche besser in die Erhaltung der Infrastruktur investiert werden sollte: gestoppte Wohnbau-Projekte, Umsiedlung von Anwohnern und Firmen, die zu dicht an der Autobahn liegen (Horn-Lehe, Oberneuland, Osterholz), Verlegung der Fernwärmeleitung von der Müllverbrennung zur Uni, Müllverbrennungsanlage teilweise betroffen und ggf. die Blocklanddeponie. Einen möglichen Schaden gibt es bereits: Ein Wohnbau-Projekt an der Rockwinkler Landstrasse liegt seit beinahe einem Jahr still.

Antrag A 08: Änderung der Ausbildung von Lehrern und Anpassung der Lehrpläne und Lehrumgebung

Antragsteller/in:	Jens Meier (KV Mitte-Ost · Nr. 710)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Partei Die Linke wird aufgefordert, sich für eine Überarbeitung der
- 2 Ausbildungspläne für Lehrkräfte und Assistenzkräfte auf Landes- und Bundesebene
- 3 einzusetzen. Zudem soll sie sich für eine Neugestaltung von Schulen und
- 4 Lernumgebungen in Zusammenarbeit mit der GEW und Forschungsinstituten einsetzen.
- 5 Dazu sollen auch international nach Lösungsansätzen gesucht werden.

Begründung

Bremen ist seit langem Schlusslicht bei Pisa und anderen Schülertests.

Um diese schulischen Probleme zu ändern und eine Abhängigkeit von Wohnort und Herkunft zu reduzieren, muss die Ausbildung des Lehrkörpers und der Assistenzkräfte neugestaltet werden.

Das Lehr- und Assistenzpersonal sollte in die Lage versetzt werden, Förderbedarfe und Fähigkeiten zu erkennen, damit Schüler*innen entsprechend unterstützt werden können. Zur Zeit ist dies nur in Ausnahmefällen möglich. Lernschwache werden nicht wirklich erkannt und entsprechend gefördert. Hochbegabte werden meistens nicht erkannt und entsprechend gefördert sondern eher als lernschwach eingestuft und dadurch falsch gefördert. Mit erheblichen Folgen für die Zukunft. Ein Sonderfall hierbei sind Schüler*innen mit einer Autismus-Spektrum-Störung. Sie brauchen eine spezielle Förderung durch Fachkräfte die zudem ziemlich viel aushalten müssen. (Beitrag und Diskussion eines Films von Radio Bremen: Eine Betreuerin hat nach kurzer Zeit das Handtuch geworfen)

Antrag A 09: Die Welt der Arbeit soll uns gehören!

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Verschärfung der Ausbeutung abhängig Beschäftigter spitzt sich auf allen Ebenen
- 2 zu: Neue Formen prekärer Arbeit, Stellenabbau zwecks Gewinnmaximierung,
- 3 Digitalisierung von Arbeitsprozessen sowie Reduzierung öffentlicher Mittel für
- 4 sozialpolitische Maßnahmen setzen mehr und mehr Menschen unter Druck. Das
- 5 Normalarbeitsverhältnis ist schon lange nicht mehr die Norm. In der
- 6 Vielschichtigkeit der Probleme der arbeitenden Klasse spiegelt sich die
- 7 Abschmelzung der sozialen Absicherung wie auch von sozialpartnerschaftlichen
- 8 Errungenschaften wider.
- 9 Diese Entwicklungen sind auch längst in Bremen und Bremerhaven zu spüren!

- 10 Einzelhandelsgeschäfte schließen, Konzerne und Unternehmen planen, wesentliche
11 Werkteile ihrer Bremer Betriebe zu verlagern, oder wickeln ihren Standort ganz ab.
12 Dort, wo Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind und eine engagierte
13 Interessensvertretung haben, besteht zumindest die Möglichkeit, Widerstand zu
14 leisten und für Standort- und Beschäftigungssicherung zu kämpfen. Aber: Aktuell
15 gibt es in weniger als 10% der Betriebe in Bremen und Bremerhaven einen
16 Betriebsrat, weniger als 20% aller Beschäftigten sind in Gewerkschaften
17 organisiert!
- 18 Hier sehen wir akuten Handlungsbedarf!
- 19 Unser Anspruch als sozialistische Mitgliedspartei ist es, die Macht der abhängig
20 Beschäftigten zur Entfaltung zu bringen, ihre Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit
21 zu stärken und so dem Kapital die Stirn zu bieten! Dies erreichen wir, indem einer
22 unserer strategischen Schwerpunkte die betriebliche Praxis und damit die Welt der
23 Arbeit wird.
- 24 Innerparteilich wollen wir dafür Sorge tragen, dass sich all die abhängig
25 beschäftigten Mitglieder als Kern der Partei verstehen. Wir unterstützen den
26 Beschluss des Bundesparteitags in Chemnitz, die Lücke bei der Repräsentation von
27 abhängig Beschäftigten auf politischen Posten und Listen in der Partei zu
28 schließen. Nur so wird Die Linke zu einer Kraft, die von der arbeitenden Klasse als
29 ihr parlamentarischer Arm wahrgenommen wird, die ihre Kämpfe vorantreibt und ihr in
30 Parlamenten den Rücken stärkt. Außerdem wollen wir Genoss*innen motivieren und
31 ermächtigen, linke Politik im Besonderen auf der Arbeit zu leben, und dort als
32 Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen als ernstzunehmende Stimme der
33 arbeitenden Klasse aufzutreten.
- 34 Darüber hinaus muss Die Linke abhängig Beschäftigte organisieren und sie befähigen,
35 sich kämpferisch und solidarisch den Krisen der Arbeit im Kapitalismus zu
36 widersetzen. Als Die Linke in Bremen werden wir den Interessensgegensatz zwischen
37 Kapital und Arbeit, und dessen Auswirkungen auf unseren Alltag wieder stärker
38 herausstellen. Wir werden abhängig Beschäftigte politisieren, organisieren und
39 mobilisieren. Wir werden die Notwendigkeit für gewerkschaftliche Arbeit und
40 betriebliche Interessensvertretung in den Fokus rücken und dabei unsere
41 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken.
- 42 Wir wollen:
- 43 • Genoss*innen motivieren, als Vertrauensleute und/ oder Betriebsrät*innen zu
44 kandidieren
 - 45 • abhängig Beschäftigte mit Migrationshintergrund über ihre Rechte im
46 Arbeitsalltag und über Gewerkschaftsarbeit informieren; dazu werden wir
47 Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen erstellen und verteilen
 - 48 • abhängig Beschäftigte in Betrieben, die noch keinen Betriebsrat haben, gezielt
49 über betriebliche Interessensvertretung informieren und bei Bedarf Kontakt zu
50 Gewerkschaften herstellen
 - 51 • eine Kampagne zu den Betriebsrats- und Organisationswahlen (bei ver.di und dem

- 52 DGB) 2026 ausarbeiten und durchführen
- 53 • Veranstaltungen, auch gemeinsam mit anderen LAGs und der Fraktion zu Themen
- 54 aus der Arbeitswelt durchführen, wie z. B. Arbeit in der Pflege, Arbeit in
- 55 Wissenschaft und Forschung, etc.
- 56 • unseren Beitrag leisten, um politische Bildung in den Schulen (9. und 10.
- 57 Klasse) zu intensivieren, insbesondere was die Arbeit von Gewerkschaften und
- 58 betrieblichen Interessensvertretungen angeht

Begründung

Im Betrieb lernen Arbeiter*innen für ihre gemeinsamen Interessen einzustehen. Der Arbeitskampf ist ein Ort, an dem in solidarischer Praxis die Möglichkeitsräume kommender Utopien erfahrbar werden. In kollegialen und solidarischen Formen können Mikrosozialismen wachsen, da der Klassenantagonismus dort sichtbar ist. Das gemeinsame Interesse der Arbeiter*innen, ihr Klasseninteresse, muss genau hier ausgegraben werden. Als sozialistische Partei ist es eine der Hauptaufgaben der Linken, genau hier in Betrieben verankert zu sein und die ausgebeutete Klasse im Kapitalismus zu unterstützen und ihre Lebenslagen glaubwürdig und mit politischer Schlagkraft zu einem der entscheidenden politischen Themen zu machen. Nach außen wollen wir uns eindeutig als die Partei der Arbeiter*innen positionieren und das kommunizieren. Das kann nur Die Linke tun, weil für uns keine Arbeiter*innen-Politik damit abgeschlossen ist, sozialpartnerschaftliche Einigungen zu schaffen, sondern nur damit, final Teil der Befreiung der ausgebeuteten Klasse zu sein.

Antrag A 10: Räume für das Bremer Frauenmuseum

Antragsteller/in:	Solveig Brand (Linksjugend · Nr. 501)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Partei DIE LINKE Bremen bekräftigt ihr Bekenntnis zur feministischen
- 2 Geschichtspolitik und fordert die sofortige Umsetzung des Koalitionsversprechens,
- 3 dem Bremer Frauenmuseum dauerhaft geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu
- 4 stellen. Die Landespartei wird sich aktiv dafür einsetzen, dass dieses Vorhaben
- 5 innerhalb der rot-grün-roten Koalition mit Priorität behandelt und realisiert wird.

Begründung

Das Bremer Frauenmuseum ist seit über drei Jahrzehnten eine zentrale Institution feministischer

Kultur- und Erinnerungsarbeit in Bremen.

Seit seiner Gründung im Jahr 1991 dokumentiert und vermittelt der Verein die Lebensrealitäten und Leistungen von Frauen in Kunst, Gesellschaft und Politik – durch Ausstellungen, Vorträge, Publikationen und digitale Stadtrundgänge wie die „FrauenOrte“ - das Bremer Frauenmuseum macht Frauen sichtbar, die in patriarchalen Geschichtsschreibungen oft vergessen oder ignoriert wurden und werden.

Als feministischer Jugendverband setzt sich die linksjugend [solid] Bremen für eine konsequente Umsetzung linker Gleichstellungspolitik ein. Die Sichtbarkeit von Frauen* muss praktisch hergestellt werden – historisch, künstlerisch und politisch. Ein fester Ort für das Bremer Frauenmuseum ist dafür unerlässlich.

Dass das Bremer Frauenmuseum bis heute über keine eigenen Räumlichkeiten verfügt und seine Arbeit ausschließlich temporär oder in Kooperation mit anderen Institutionen umsetzen muss, ist ein strukturelles Problem. Diese anhaltende Prekarität degradiert feministische Erinnerungsarbeit zur bloßen Projektarbeit: abhängig von Förderzyklen, fremden Räumen und politischen Launen. Feministische Geschichts- und Kulturarbeit wird dadurch zu einem „Nice-to-have“, das schnell ins Abseits gerät.

Wenn feministische Arbeit ständig ums Überleben kämpfen muss, können ihre Inhalte kaum nachhaltig wirken. Wer Feminismus ernst meint, muss ihn aus der Abhängigkeit befreien und ihm Raum geben.

DIE LINKE Bremen muss sich klar zur feministischen Erinnerungskultur bekennen.

Wir fordern DIE LINKE Bremen auf, ihren Teil der politischen Verantwortung wahrzunehmen und den Druck auf die Koalition zu erhöhen: Das Versprechen muss eingelöst werden. Jetzt.

Antrag A 11: Protest gegen die Verhaftung von Yüksel Koc in Bremen

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Am 20.05.2025 wurde der kurdische Politiker und Aktivist Yüksel Koc in Bremen von
- 2 der Polizei festgenommen; seine Wohnung wurde durchsucht. Inzwischen sitzt er in
- 3 der JVA Bremen in Untersuchungshaft. Koc hat viele Jahre eine führende Rolle in der
- 4 kurdischen Exilpolitik gespielt. Die Ermittlungsbehörden werfen ihm nun eine
- 5 mutmaßliche Mitgliedschaft in der PKK bzw. Propagandatätigkeiten für diese vor.,für
- 6 die er zwischen 2016 und 2023 propagandistisch und koordinierend tätig gewesen sein
- 7 soll. Nach dieser Auffassung habe er sich nach § 129a und b StGB wegen

- 8 Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung strafbar gemacht; individuelle
9 Straftaten werden ihm nicht vorgeworfen.
- 10 • Wir verurteilen die Verhaftung von Yüksel Koc und fordern seine sofortige
11 Freilassung sowie die Einstellung des laufenden Verfahrens.
- 12 • Wir rufen die Bundesregierung auf, die Kriminalisierung kurdischer Politik zu
13 beenden.
- 14 • Wir fordern den deutschen Bundestag auf eine Initiative zur Rücknahme der
15 Verfolgungsermächtigung des Justizministeriums gegen die PKK gem. § 129b StGB
16 zu starten.
- 17 • Das PKK Verbot muss aufgehoben werden und die Streichung der PKK von der EU-
18 Terrorliste erfolgen.

Begründung

Diese Verhaftung reiht sich ein in eine Fortsetzung repressiver Maßnahmen gegen kurdische Aktivist:innen; in Bremen z. B. die Razzia im Kulturzentrum Birati im April. Der Rechtshilfefonds Azadi konstatiert dazu, dass Anklagen gegen Kurd:innen auf Grundlage des § 129b StGB immer nur auf dem Vorwurf allgemeiner politischer Aktivitäten beruhen ohne dass strafbare Handlungen im Auftrag der PKK gegeben seien. Dies führt staatlich gewollt zur Verunsicherung und Einschüchterung in der kurdischen Community und widerspricht den erklärten Absichten der Bundesregierung nach der Selbstauflösung der PKK einen friedlichen politischen Lösungsprozess in der Türkei zu unterstützen.

Antrag A 12: Massenmord, Vertreibung und Hungersnot in Gaza stoppen

Antragsteller/in:	Basisgruppe Links der Weser
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Bremen verurteilt Krieg und Vertreibung in Gaza und im Westjordanland und
2 setzt sich für das sofortige Ende von Bombardierung und Truppeneinsatz in Gaza
3 sowie für umfassende Hilfslieferungen und gegen illegalen Siedlungsbau ein. Die
4 Linke Bremen fordert das sofortige Ende der Waffenlieferungen an Israel sowie den
5 Stopp der gesamten militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Kooperation
6 mit Israel.

- 7 Die Linke Bremen unterstützt potenzielle Bündnispartner*innen und beteiligt sich an
- 8 der Mobilisierung und Durchführung von örtlichen Demonstrationen sowie anderen
- 9 Aktionen
- 10 Die Mitglieder der Partei setzen sich im DGB und den Einzelgewerkschaften für
- 11 gewerkschaftliche Aktionen gegen Waffentransporte an Israel ein.

Begründung

Der Antrag setzt die Beschlüsse des Chemnitzer Parteitages vom 9. - 10. Mai 2025 in die Praxis um: Die Linke ruft dazu auf, gegen das entsetzliche Morden in Gaza aktiv zu werden. Kritik am Vorgehen der Regierung, Armee und des Staates Israel ist kein Antisemitismus.

Fast täglich werden die Mitglieder von Netanjahus rechtsextremer Regierung in Worten und Taten deutlicher: Sie planen die vollständige "ethnische Säuberung", die Massenvertreibung der Menschen aus Gaza. Schon heute sind rund 50.000 Menschen im Bombenhagel gestorben. Die Opferzahl durch Krankheiten und Kollaps der Infrastruktur ist unbekannt. Die Hungersnot hat begonnen. Mehrere Hunderttausend Menschen sind vom Tod bedroht. Gleichzeitig schreitet die Zerstörung palästinensischer Dörfer durch rechtsextreme Siedler*innen und israelische Armee im Westjordanland voran.

Die Aktionen der Palästina-Solidarität in Deutschland sind sehr klein, obwohl es eine klare Mehrheit gegen Israels Kriegsführung gibt (80% dagegen, 12% dafür, laut ZDF-Politbarometer 24.05.25).

Die Linke kann und muss eine entscheidende Rolle dabei spielen, diese Isolation zu durchbrechen und die vielen Menschen, die voller Entsetzen erleben, was in Gaza passiert, zu ermutigen, auf die Straße zu gehen, aktiv zu werden und sich zu organisieren. Wir haben die Aufgabe, die tödliche Heuchelei der deutschen Regierung und ihre Mitverantwortung am Massenmord offenzulegen. Der Druck muss erhöht werden, Waffenlieferungen an Israel zu stoppen.

Waffenlieferungen an Israel können gestoppt werden. Dabei müssen wir es nicht bei Appellen an Regierungen belassen, sondern können selbst aktiv werden. Es ist möglich, die Versorgung der israelischen Armee mit westlichen Waffen durch Aktionen der Arbeiter*innenbewegung international - Streiks und Blockaden - zu unterbrechen. Die internationale Solidarität der arbeitenden Menschen könnte eine entscheidende Rolle spielen, Israels Armee zu schwächen und wäre gleichzeitig eine enorme Ermutigung für die Menschen in Israel selbst, die gegen Krieg, Vertreibung und Besatzung auf die Straße gehen.

Antrag A 13: Alle wollen kürzen? Wir nicht.

Antragsteller/in:	Basisgruppe Links der Weser
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1

- 2 • Das Bundesland Bremen setzt sich im Verbund mit anderen Bundesländern und
3 Kommunen für eine Erweiterung seines finanziellen Spielraums durch eine
4 Umverteilung des Reichtums ein.
- 5 • Die Bürgerschaftsfraktion beschließt keinen Haushalt mit substanziellen
6 Kürzungen von Personal- und Sozialausgaben.
- 7 • Die Partei stellt die Verbindung zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten,
8 Sozialverbänden, Flüchtlingsinitiativen, Studierenden- und
9 Schüler*innenvertretungen, Akteur*innen der Kulturszene her, um gemeinsame
10 Proteste im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2026/27 zu organisieren.
- 11 • Die Parteimitglieder und ihre verschiedenen Gliederungen werden dazu
12 aufgerufen, Proteste gegen Kürzungen zu initiieren oder sich an ihnen zu
13 beteiligen. Darüber hinaus sollen sie in die Tarifaueinandersetzungen um den
14 Tarifvertrag der Länder die Perspektive der Haushaltsfinanzierung einbringen.

Begründung

Das Land Bremen wird gerade zu einem gigantischen Austeritätsprogramm gezwungen. Dieses beinhaltet Personalabbau von ca. 1,45% für die meisten Ressorts, Senkung der Sozial- und Unterbringungsstandards sowie die Erhöhung von Gebühren und Preisen. So wurden etwa die Preise für Bustickets, Krippenbeiträge und die Kosten für Kitaessen erhöht, aber auch die Erhöhung des Semesterbeitrags um 90€ hängt wesentlich mit diesem Programm zusammen. Der Finanzsenator hat bereits angekündigt, die Kosten der Lohnerhöhungen im TVÖD durch die Erhöhung von Gebühren und Eintrittspreisen umzulegen. Der Finanzsenator kündigte als Teil eines 254 Mio. € schweren Sparpakets an, bei der BSAG, der Geno und der Jugendhilfe für Geflüchtete zu kürzen.

Die Steuerschätzung vom Mai prognostiziert für den Landeshaushalt 2026 47 Millionen Euro und für 2027 50 Millionen Euro weniger als zuvor erwartet. Gründe dafür seien Steuerreformen auf Bundesebene und die wirtschaftliche Rezession. Finanzsenator Björn Fecker zufolge gibt es für den Doppelhaushalt 2026/27, der im März nächsten Jahres beschlossen werden soll, keinen finanziellen Spielraum. Das lässt einen schlechten Abschluss beim TV-L und weitere Kürzungen erwarten.

Die Abwälzung der schlechten Haushaltslage auf geringe Einkommen liegt an der unsozialen Ausgestaltung des Steuersystems. Dem Land sind Steuerkompetenzen zugewiesen, mit denen sich kaum eine Umverteilung realisieren lässt. Zudem sind die Steuern vor allem auf die Interessen des Kapitals zugeschnitten.

Die kommende Bundesregierung hat eine Fortsetzung des Kurses angekündigt: So sollen Steuergeschenke beschlossen werden, sowie eine Einkommenssteuerreform, was jedoch nicht gegenfinanziert ist. Merz und Klingbeil suchen Einsparpotenziale beim Bürgergeld, ganz bewusst unter Verletzung der Menschenwürde. Damit vergrößern sie die Löcher in den öffentlichen Haushalten.

Dies könnte fatale Folgen haben: Ausbleibende Investitionen schwächen das Wirtschaftswachstum und verschärfen so die Haushaltssituation weiter. Deswegen wird dauerhaft soziale Infrastruktur abgebaut, was den Rechtsruck weiter befeuert. Dies ist eine schrittweise Abschaffung des im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzips und befördert eine Umverteilung von unten nach oben. Zweck dieser Dauerkrise der sozialen Vorsorge ist die Disziplinierung der Bevölkerung. Sie soll sich dem Wirtschaftswachstum und den geopolitischen Ambitionen Deutschlands unterordnen. Sie soll davon abgehalten werden, sich für alternative Ziele einzusetzen. Ein Mittel dazu ist die starke Hetze gegen Migrant:innen und Arbeitslose. In Kauf genommen wird dadurch eine weitere Stärkung der AfD.

Die Geschichte zeigt, welche schwerwiegenden Auswirkungen das haben kann. Die Austeritätspolitik Brüning und der Wirtschaftsliberalismus Papens waren wichtige Etappen auf dem Weg in den Faschismus. Die Austeritätspolitik hatte fatale Folgen für die Bevölkerung und destabilisierte die Handlungsfähigkeit der Republik. Durch diese tiefe Staatskrise und die steigende Zustimmung wurden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die NSDAP an die Macht kam. Auch die italienischen Faschisten nutzten die Austeritätspolitik maßgeblich, um die Opposition im Land zu zerstören. Auch anhand des aktuellen Rechtsrucks haben viele Studien nachgewiesen, dass Sparprogramme den Aufstieg von rechten Parteien gefördert haben.

Für uns als Partei der Lohnabhängigen ist das der Moment, um die Initiative zu ergreifen.

Wir müssen für eine umfassende Demokratisierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse kämpfen. Als Handlungsorientierung haben wir das Parteiprogramm angelegt:

“An einer Regierung, die [...] Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen. Im Zentrum eines Politikwechsels stehen für uns auf der Bundesebene der Ausbau der finanziellen Spielräume der Öffentlichen Hand und des Sozialstaates. [...] Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen und die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Wir wollen die Menschen ermutigen, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.” (S. 97)

Antrag A 14: Besseren Zeiten entgegen: Schuldenbremse abschaffen, Umverteilen gegen Rechts

Antragsteller/in:	Doris Achelwilm (KV Nord-West · Nr. 201)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Erwartungen an uns sind hoch. Wir stehen im Wort, die richtigen Fragen,
- 2 Forderungen und Weichen für eine bessere Zukunft, nötige Entlastungen, ein

3 stärkeres gesellschaftliches Zusammenleben, Wege aus der Verteilungs- und
4 Klimakrise zu stellen. Wir stehen in der Pflicht, auch verteilungspolitisch
5 möglichst antifaschistisch zu wirken. Dafür bekräftigen wir und nehmen uns als
6 Linke in Bremen und Bremerhaven Folgendes vor:

- 7 • Als Linke Bremen lehnen wir die Schuldenbremse seit jeher ab, weil sie soziale
8 Infrastruktur und öffentliches Eigentum verfallen lässt, Privatisierungen
9 begünstigt und demokratische Entscheidungsräume einengt. Der Bundestag hat im
10 Zuge des Fiskalpaketes auch beschlossen, dass eine „Expertenkommission“ unter
11 Beteiligung des Parlaments und der Länder eingerichtet wird. Diese soll einen
12 Vorschlag für eine „Modernisierung der Schuldenbremse entwickel[n], die
13 dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung unseres Landes
14 ermöglicht“. Der dazugehörige Prozess soll noch in diesem Jahr in eine weitere
15 Änderung des Grundgesetzes münden. Als Bremer Linke erwarten wir, dass die
16 versprochene grundsätzliche Änderung der Schuldenbremse unter Beteiligung der
17 Bundes-tagsfraktion und der Länder tatsächlich kommt, wir machen hier Druck
18 und bringen uns im Sinne einer möglichst weitreichenden Änderung ein.
- Die Bremer Sonderregelung zur Schuldenbremse in der Landesverfassung, die auch
kommunale Schulden verbietet, wollen wir abschaffen und planen hierzu die
19 nächsten Schritte, etwa im Sinne eines Volksentscheids.
- 20 • Die neuen haushaltspolitischen Spielräume durch das Fiskalpaket belaufen sich
21 für Bremen auf etwa 220 Mio. Euro im Jahr (Anteil aus den 100 Mrd. Euro nach
Königsteiner Schlüssel plus 0,35% Kreditemächtigung). Wir wollen diese Mittel
gezielt nutzen, um den gravierenden Sanierungsstau in den Bereichen Bildung,
22 Verkehr, Hochschulen und Sport, Kliniken und Häfen anzugehen. Zusätzlich ist
23 es in den anstehenden Haushaltsberatungen nötig, die drohenden Kürzungen in
24 der Arbeitsmarktförderung abzuwenden sowie den Sozialwohnungsbau und ÖPNV zu
25 stärken.
- 26 • Die im Koalitionsvertrag angelegten Steuergeschenke für Überreiche und
27 Unternehmen (Senkung der Körperschaftssteuer in fünf Jahren um ein Drittel!)
28 lehnen wir ab, keinesfalls dürfen die entsprechenden Mindereinnahmen die
29 Haushalte von Ländern und Kommunen weiter belasten. Wir treten auf allen
Ebenen dafür ein, die 1997 ausgesetzte Vermögensteuer wieder in Kraft zu
setzen. Steuern wie die Erbschaftssteuer wollen wir gerecht ausgestalten und
30 die Abgeltungssteuer für Aktiengewinne in Höhe von 25 Prozent zugunsten einer
31 hier zum Zuge kommenden Einkommensbesteuerung abschaffen. Das alles können wir
32 nicht auf Landesebene umsetzen; und wir können es aus der Opposition heraus
33 bzw. ohne entsprechend positionierte Mehrheiten auch nicht auf Bundesebene.
34 Aber wir können und wollen jetzt darauf hinarbeiten und in den nächsten Jahren
35 mit aller Kraft und mit Bündnissen, Organisationen und thematischen
36 Akteur*innen daran mitwirken, gesellschaftliche Hegemonien für die wichtigen
37 Verteilungsfragen dieser Zeit zu gewinnen und politische Lösungen gemeinsam
38 vorzubereiten.

39
40

41
42
43
44

Begründung

Die GroKo hat veranlasst, dass in der neuen Legislaturperiode des Bundestags sehr viel Geld fließen soll. Der jahrelang vergeblich gegen die Schuldenbremser-Verfechter von Schäuble bis Lindner vorgebrachte Investitionsstau muss jetzt auch nach Merz' Dafürhalten offensiv angegangen werden, mit ihm als „Leistungsgesellschaftstreiber“ und Klingbeil als „Investitions(finanz)minister“.

Wie viele Mittel aus dem unter demokratisch höchst fragwürdigen Verfahren beschlossenen 500-Mrd.-Fiskalpaket tatsächlich wie verwendet werden, welche konkreten Veränderungen das für die Länder bedeutet, die daraus 100 Mrd. abbekommen, ist noch offen. Neben dem Bund dürfen sich nun auch die Länder in Höhe von 0,35% des BIPs verschulden, und hier wird jeder kleine Spielraum gebraucht. Für Rüstungsausgaben wurde die Schuldenbremse allerdings unbefristet und unbegrenzt geöffnet, was absolut unverhältnismäßig ist.

Wie unverhältnismäßig, das wird sich zeigen. Außenminister Wadephul hat sich bereits hinter die vor kurzem noch als mindestens übertrieben geltende Trump-Forderung von 5 Prozent vom BIP für „Verteidigung“ gestellt. Bei Umsetzung würden in Deutschland annähernd die Hälfte (!) des aktuellen Bundeshaushaltes in militärische Güter und militärisch nutzbare Infrastruktur fließen.

So entgrenzt die Prioritäten im Bereich der „Verteidigung“ in die Höhe schießen, so sehr werden sie v.a. zu sozialen Fragen vor den Bus geworfen. Der von Merz/Klingbeil neben die Donnerwetter-Ausgaben gestellte Kürzungsdruck wird möglicherweise auch den größten Ausgabenposten des Bundes betreffen: die Rente, deren teilweise Finanzierungsgrundlage aus Bundeszuschüssen bereits als „Knabberoption“ ins Spiel gebracht wird. Ansonsten geht es Bürgergeld und anderen Sozialstaatsgarantien wie dem Acht-Stunden-Tag an den Kragen, Sprachkursen, Entwicklungshilfe, Kulturellem usw., solidarischen Infrastrukturen, die nicht mitgemeint sind, wenn es gerade massiv und im Prinzip ja überfälligweise um die Erhöhung von Investitionen geht.

Verbesserte Einnahmefaktoren durch gerechtere Steuern werden von der GroKo gemieden wie die Pest, für Bessersituierte und Vermögen gibt es neue Steuergeschenke. Von einer „Schere“ zwischen den obersten Vermögen und den kleinen bis mittleren Einkommen kann angesichts der Vermögensspaltung im Land kaum mehr gesprochen werden, es sind komplett voneinander entkoppelte, politisch bedingte Parallelsphären mit geförderten Überreichen „dort oben“ und verfestigten Armutsstrukturen auf dem Boden der Tatsachen. Diese immer stärker voneinander entfernten „Klassen-Welten“ werden mit der GroKo weiter sich selbst und ihren Dynamiken überlassen, während die GroKo die Rüstungsindustrie einlädt, dass sie die Preise gern diktieren kann. Die derzeitigen Machtverhältnisse sind eine echte Herausforderung, aber wir gehen als Linke gegen den Reichtums-Armuts-Komplex und seine Auswirkungen auf soziale, Geschlechter- und Klimagerechtigkeit entschieden an.

Wir werden als Linke viele Abwehrkämpfe führen, die u.a. auf Landesebene schon angekommen sind und kompensiert werden müssen, obwohl die finanziellen Möglichkeiten eigentlich fehlen –

siehe die Auseinandersetzung um Arbeitsmarkt-programme, aus denen sich der Bund teilweise rausziehen will. Es wird auf allen Ebenen um die Verteidigung der Rente gehen müssen, um bessere Alleinerziehenden-Unterstützung, sog. Integrationsmittel, Mittel gegen Kinderarmut, Gelder für Frauen, Familien und Gleichstellung, queere Projekte, Bildung, Inklusion, Kultur, Demokratieförderung. Aber es braucht auch weitergedachte Perspektiven und Konzepte für alles, was wir nicht nur verteidigen oder verbessern, sondern neu und ganz anders wollen.

Antrag A 15: Jetzt aber wirklich: Privatjets in Bremen verbieten!

Antragsteller/in:	AG Umwelt und Klima
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der Linken Bremen fordert den Landesvorstand, die Linksfraktion
- 2 sowie die Linken Senator*innen auf:
- 3 **1) Transparenz schaffen:**
- 4 Die Anzahl der Privatjets, die in Bremen starten und landen, sowie deren CO₂-
- 5 Ausstoß und andere klimaschädliche Emissionen regelmäßig zu erheben und öffentlich
- 6 zu machen – z.B. durch parlamentarische Anfragen.
- 7 **2) Landeverbot für Privatjets:**
- 8 Sich auf Landesebene für ein Landeverbot von Privatjets im Bundesland Bremen
- 9 einzusetzen. Ausnahmen sind genau zu definieren, z.B. Forschungsflüge.
- 10 **3) Klimagerechte Gebühren:**
- 11 Sollte ein Landeverbot rechtlich nicht umsetzbar sein, die Start- und Landegebühren
- 12 für Privatjets in Bremen so anzupassen, dass sie den tatsächlichen Schaden an
- 13 Umwelt und Klima abbilden und einen Lenkungseffekt erzielen.
- 14 **4) Zweckbindung der Einnahmen:**
- 15 Es ist zu prüfen, ob die Einnahmen aus erhöhten Gebühren gezielt für Klimaschutz-
- 16 und Klimaanpassungsmaßnahmen in Bremen verwendet werden können.
- 17 **5) Bundesweite Initiative:**
- 18 1. a) Es sind Initiativen im Bundesrat und auf Bundesebene zu ergreifen, um
- 19 langfristig ein bundesweites Privatjet-Verbot und mittelfristig deutlich
- 20 höhere Gebühren für Starts und Landungen von Privatjets durchzusetzen.
- 21 2. b) Es sind Initiativen im Bundesrat und auf Bundesebene zu ergreifen, um
- 22 Steuervorteile, die die Nutzung von Privatjets begünstigen, abzuschaffen.

23 6) **Bericht:**

24 Im Landesvorstand ist über die Umsetzung der geforderten Maßnahmen zu berichten.

Begründung

Ein Verbot von Privatjets oder zumindest eine massive Verteuerung dieser klimaschädlichen Luxusflüge ist ein Gebot der Gerechtigkeit und des Klimaschutzes. Bremen kann und sollte hier Vorreiterin sein – für eine lebenswerte Zukunft für alle und gegen die Privilegien Weniger auf Kosten Vieler.

Private Flüge mit dem Privatjet sind für einige Wenige ein exklusiver Komfort – für die Allgemeinheit jedoch eine unnötige Belastung für Klima und Umwelt. Innerhalb weniger Jahre ist der CO₂-Ausstoß durch Privatflüge massiv gestiegen: Zwischen 2019 und 2024 haben die direkten Emissionen weltweit um 48 Prozent zugenommen – von 10,7 auf 15,9 Millionen Tonnen CO₂.

Privatjets sind dabei laut aktuellen Analysen 50-mal schmutziger als Autos, Emissionssteuern fallen aber kaum an. Lediglich 0,003 Prozent der Bevölkerung nutzen überhaupt Privatflugzeuge, doch die Zahl der registrierten Jets steigt weltweit. Auf Platz fünf weltweit liegt Deutschland mit 584 registrierten Privatjets. 2024 starteten in Deutschland registrierte Privatjets fast 125.000-mal. Der Schaden: mehr als 400.000 Tonnen CO₂ – der Großteil davon auf Kurzstrecken unter 1.000 Kilometern⁰.

Flüge mit Privatjets sind weiterhin vom EU-Emissionshandel ausgenommen. In Deutschland profitieren Privatjet-Nutzer*innen und -Anbieter*innen zudem von zahlreichen Steuervorteilen und Ausnahmeregelungen. So sind sie weitgehend von der Kerosinsteuer und der Luftverkehrssteuer befreit, obwohl sie zu den umweltschädlichsten Verkehrsmitteln zählen. Nach Berechnungen von Transport & Environment entgehen der Bundesregierung dadurch jährlich über 560 Millionen Euro an Steuereinnahmen¹⁴. Zudem sind kleinere Betreiber von Privatjets vom europäischen Emissionshandel ausgenommen, sodass für sie keine Kosten für CO₂-Zertifikate anfallen. Auch Unternehmen wie Volkswagen umgehen die Energiesteuer, indem sie ihre Firmenjets als gewerblich registrieren und vermieten, was ihnen weitere Steuerbefreiungen verschafft³⁵.

Diese Steuerlücken führen dazu, dass Superreiche auf Kosten der Allgemeinheit besonders günstig und klimaschädlich reisen können, während die Allgemeinheit die Folgen und Kosten der Emissionen trägt¹⁴.

Situation in Bremen

Auch in Bremen starten und landen regelmäßig Privatjets. Der Flughafen Bremen verfügt über ein eigenes Terminal für Privatjet-Passagiere und bewirbt diese Angebote aktiv sowohl für Geschäfts- als auch für Urlaubsreisen. Wie viele Privatjet-Flüge tatsächlich von Bremen ausgehen und wie hoch deren Emissionen sind, ist bislang nicht transparent. Die Flughafen Bremen GmbH befindet sich zu 100 Prozent in städtischer Hand – Zahlen zu Privatflügen sollten daher über parlamentarische Anfragen verfügbar sein.

Internationale Vorbilder zeigen, dass es auch anders geht: Die Stadt Amsterdam hat beschlossen, ab 2026 Privatjet-Flüge vom Flughafen Schiphol zu verbieten.

Politische Bewertung

Die CO₂-Emissionen der Reichsten übersteigen die der Ärmeren um ein Vielfaches. Luxusgewohnheiten wie Privatjetflüge sind ein entscheidender Treiber der Klimakrise. Wir als AG Umwelt und Klima fordern ein faires CO₂-Budget für alle Menschen. Das bedeutet: Reiche dürfen nicht mehr Luft verschmutzen als andere. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Wer besonders viele Emissionen verursacht, muss diese auch senken – erst recht, wenn es mit der Bahn oder Linienflügen leicht möglich wäre.

Die Klimakrise bedroht schon heute die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Ein besseres und nachhaltiges Leben für alle ist möglich, wenn insbesondere reiche Länder und Superreiche ihren Beitrag leisten. Da auf Bundesebene keine ausreichenden Maßnahmen erfolgen, muss Bremen vorangehen und seinen Handlungsspielraum ausschöpfen.

Antrag A 16: Klimagerecht handeln – sozial, sichtbar, jetzt! Wir unterstützen die Forderungen von ADFC, BUND und NABU

Antragsteller/in:	AG Umwelt und Klima
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Bremen erkennt an, dass der Klimaschutz in Bremen in einer
- 2 ernstzunehmenden Krise steckt. Trotz ambitionierter Ziele wie der Klimaneutralität
- 3 Bremens bis 2038 fehlt es in der Umsetzung an politischem Willen, Klarheit und
- 4 Priorisierung. Das gefährdet nicht nur den ökologischen Umbau der Stadt – sondern
- 5 auch die Lebensbedingungen vieler Menschen, vor allem in den ohnehin
- 6 benachteiligten Stadtteilen.
- 7 Die AG Umwelt und Klima hat sich in einem gemeinsamen Plenum mit Vertretern des
- 8 ADFC, BUND und NABU über deren Veröffentlichung und die klimapolitische Lage in
- 9 Bremen ausgetauscht. Wir schließen uns ausdrücklich ihrem aktuellen
- 10 Forderungspapier aus dem März 2025 an und fordern die Linke Bremen auf, diese
- 11 Position auch im Landesvorstand, in der Fraktion und im Senat aktiv zu vertreten.
- 12 Daraus folgt:
- 13 **1. Klimapolitik als Querschnittsaufgabe verankern**
- 14 Die Linke Bremen verpflichtet sich, Klima- und Umweltpolitik als gleichwertige,
- 15 integrale Bestandteile linker Politik zu behandeln – nicht als Nebenthema.
- 16 Gesundheit, Wohnen, Mobilität, Stadtentwicklung und soziale Teilhabe müssen unter
- 17 klimagerechten Gesichtspunkten neu gedacht und verbunden werden. Wir unterstützen
- 18 das Konzept eines „Gesunden Bremens“ als politische Leitlinie.
- 19 **2. Klima-Mittel zweckgebunden einsetzen**

20 Das Klima-Sondervermögen darf nicht für ohnehin geplante Sanierungen ohne echten
21 Klimanutzen eingesetzt werden. Es braucht klare Kriterien und Transparenz bei der
22 Mittelverwendung – insbesondere für sozial-ökologische Projekte in benachteiligten
23 Stadtteilen. Maßnahmen wie Entsiegelung, Stadtgrün, Hitzeschutz und Schwammstadt-
24 Projekte müssen jetzt priorisiert werden.

25 3. **Mobilitätswende sozial und sichtbar gestalten**

26 Die Linke Bremen setzt sich für konkrete und sofort umsetzbare Maßnahmen im
27 Verkehrsbereich ein:

- 28 • Ausbau sicherer Rad- und Fußwege
- 29 • flächendeckendes Tempo 30
- 30 • entschlossenes Vorgehen gegen illegales Gehwegparken
- 31 • konsequente Umsetzung der Ziele aus dem Green City Masterplan und dem VEP
32 2025. Das bedeutet auch: keine weiteren Rückschritte bei der Domsheide,
33 sondern mehr Barrierefreiheit und ÖPNV-Förderung.

34 4. **Zusammenarbeit mit Umweltverbänden stärken**

35 Wir setzen uns dafür ein, den Austausch und die Zusammenarbeit mit ADFC, BUND, NABU
36 und weiteren Umwelt- und Verkehrsinitiativen systematisch auszubauen. Ihre
37 Expertise, ihr Engagement und ihre Kritik sind unverzichtbar für eine wirksame und
38 zielgerichtete linke Klimapolitik.

Begründung

Die Klimapolitik des Senats steckt fest – trotz großer Worte und Strategien. Die Umsetzung stockt. Währenddessen leiden besonders die Menschen, die am wenigsten zu dieser Krise beigetragen haben, unter ihren Folgen: Durch Hitze, schlechte Luft, unzureichende Mobilitätsangebote, steigende Energiepreise.

Als Linke Bremen dürfen wir nicht länger abwarten oder uns auf symbolische Klimabezüge beschränken. Eine sozial gerechte Klimapolitik ist kein Luxus, sondern eine Überlebensfrage. Wer jetzt nicht handelt, riskiert willentlich Gesundheit, Gerechtigkeit und Zukunft.

Deshalb fordern wir eine neue Entschlossenheit: sozial, spürbar, jetzt. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem – und dieses müssen wir in Bremen gemeinsam anpacken.

Quelle:

[https://www.bund-bremen.net/fileadmin/bremen/Publikationen/
Klima_und_Umweltschutz/2025-03-13-PM-](https://www.bund-bremen.net/fileadmin/bremen/Publikationen/Klima_und_Umweltschutz/2025-03-13-PM-)

Antrag A 17: Keine Zweckentfremdung der Klima-Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds in Bremen!

Antragsteller/in:

AG Umwelt und Klima

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) der Bundesregierung wurde in den
2 vergangenen Jahren deutlich aufgestockt. Insbesondere auf Druck der Grünen wurde
3 das Sondervermögen um 100 Milliarden Euro erweitert, was rechnerisch rund 8
4 Milliarden Euro mehr pro Jahr für Klimaschutz und Transformation bedeutet. Diese
5 zusätzlichen Mittel bieten den Bundesländern wie Bremen die Chance, die
6 sozialökologische Transformation voranzubringen und die Klimaschutzziele konsequent
7 umzusetzen.
- 8 Denn für Bremen bedeutet das: Es stehen voraussichtlich mehr Bundesmittel zur
9 Verfügung, um die notwendigen Investitionen in die sozialökologische Transformation
10 zu tätigen. Angesichts der Herausforderungen durch die sich verschärfende
11 Klimakrise und der wachsenden sozialen Spaltung ist es entscheidend, dass diese
12 Gelder nicht nur der Industrie zugutekommen, sondern für die gesamte Gesellschaft
13 wirken.
- 14 Der Landesparteitag der Linken Bremen fordert den Landesvorstand, die Linksfraktion
15 sowie die Linken Senatorinnen auf:
- 16 1. sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass Bremen einen
17 angemessenen Anteil der KTF-Mittel erhält und diese gezielt für die
18 sozialökologische Transformation einsetzt.
 - 19 2. sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Mittel aus dem
20 KTF ausschließlich für echte Klimaschutzmaßnahmen und nicht für Subventionen
21 von fossilen Brennstoffen für die Industrie gänzlich zweckentfremdet werden.
 - 22 3. sich in Bremen dafür einzusetzen, dass mit diesen Mitteln die
23 Klimaschutzstrategie 2038 sowie die Ergebnisse der Enquetekommission
24 „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ konsequent umgesetzt werden;
 - 25 4. sich in Bremen dafür einzusetzen, dass mit diesen Mitteln vorrangig Projekte
26 der sozialökologischen Transformation gefördert werden, die das Leben der
27 breiten Bevölkerung verbessern und nicht nur Wohlhabenden zugutekommen. Dazu
28 zählen:
 - 29 1. die Förderung von energetischer Sanierung und klimafreundlicher
30 Wärmeversorgung für alle Haushalte,
 - 31 2. der flächendeckende Ausbau eines bezahlbaren und barrierefreien
32 öffentlichen Nahverkehrs sowie von klimafreundlichen Fahrrad- und
33 Fußwegen,
 - 34 3. Maßnahmen zur Klimaanpassung in besonders betroffenen Stadtteilen,
 - 35 4. Programme zum Schutz und zur Förderung der Artenvielfalt in Bremen.

Begründung

Die bisherigen Ausgaben aus dem KTF konzentrieren sich stark auf die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Gebäudebereich, die Transformation der Industrie und die Entlastung stromintensiver Unternehmen. Zwar sind das wichtige Bausteine, doch droht eine einseitige Fokussierung auf industrielle Interessen. Für eine nachhaltige und gerechte Transformation braucht es eine breite Ausrichtung der Fördermittel:

- Die Wärmewende muss sozial gerecht gestaltet werden: Gerade in Bremen brauchen die Menschen günstigen und attraktiven Wohnraum, der auch langfristig günstig bleibt, weil er klimafreundlich geheizt bzw. gekühlt werden kann.
- Die Verkehrswende muss den öffentlichen Nahverkehr stärken und für alle bezahlbar machen.
- Klimaanpassung, etwa durch die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen und Schwammstadt-Konzepten, ist für das Bundesland Bremen mit einer Küstenstadt sowie sich stark aufheizenden Stadtteilen in Bremerhaven und der Stadt Bremen besonders wichtig.
- Der Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt sind zentrale Aufgaben für den natürlichen Klimaschutz und auf für uns als Menschheit: Wir Menschen brauchen andere Arten für unser Überleben! Es ist notwendig, dass Bremen hier seinen Beitrag leistet.

Begründung der Forderungen

Nur wenn die zusätzlichen KTF-Mittel sozial gerecht und ökologisch sinnvoll eingesetzt werden, kann Bremen Vorreiterin einer gerechten Klimapolitik werden. Die Transformation muss alle Menschen mitnehmen und darf nicht zulasten der Schwächeren gehen. Für ein besseres und klimafreundliches Leben für alle!

Antrag A 18: Deeskalation und Abrüstung in Nahost – für Frieden, Völkerrecht – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus: Unser Maßstab ist die Menschlichkeit

Antragsteller/in:	Andreas Juhls (KV Nord-West · Nr. 255), Christoph Spehr (KV Mitte-Ost · Nr. 363), Nelson Janßen (KV Nord-West · Nr. 291), Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312), Klaas Anders (KV Nord-West · Nr. 251)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Seit Generationen haben in Nahost radikale Kräfte immer wieder Konflikte geschürt,
- 2 Hass und Gewalt gesät, und so den Menschen in Israel und Palästina nicht nur ihr
- 3 Recht auf Frieden und Selbstbestimmung genommen, sondern immer wieder unsägliches
- 4 Leid verursacht.

5 Doch der brutale Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Zivilisten ist eine
6 schier unbeschreibliche Zäsur. Er löschte über 1200 Menschen nur aufgrund ihres
7 Glaubens bzw. ihres Israeli-Seins aus. Die verschleppten Geiseln sind nur zum Teil
8 frei – viele sind tot, weitere werden noch immer vermisst – bald zwei Jahre danach
9 noch. Dieser eliminatorische und mörderische Antisemitismus, für den die Hamas und
10 ihre Verbündeten glühen, ist durch nichts zu rechtfertigen.

11 Der Krieg, mit dem die israelische Regierung antwortet, ist an Brutalität schwer zu
12 übertreffen. Über 110.000 Tote und Verletzte. Von den über 50.000 Getöteten sind
13 zwei Drittel Frauen und Kinder. Viele werden nach wie vor vermisst. Ein Großteil
14 der Infrastruktur ist zerstört, humanitäre Hilfe wird unterbunden, Menschen
15 hungern, während Hilfskonvois warten. Die Kriegsführung legt den Schluss nahe, dass
16 es um Rache geht, nicht um Selbstverteidigung. Sie ist unverhältnismäßig und
17 inhuman. Die Kriegsführung gefährdet die Geiseln und die Menschen in Gaza. Die nun
18 geplante Umsiedelung der Palästinenser*innen ist völkerrechtswidrig und wird nur
19 mit größter Gewalt umzusetzen sein. Wir verurteilen die Verübung dieser
20 Kriegsverbrechen durch die israelische Regierung, an der Rechtsextreme und
21 Kriminelle beteiligt sind.

22 Klare und notwendige Kritik darf jedoch niemals in das Bedienen antisemitischer
23 Stereotype oder gar der Infragestellung oder Negierung des Existenzrechts Israels
24 münden. Der Jahrtausendealte Antisemitismus, Jahrhunderte an antisemitischen
25 Pogromen und die Shoa müssen zu dem unverrückbaren Schluss führen, dass Juden und
26 Jüdinnen legitimerweise einen eigenen Staat als Schutzraum benötigen. Die Forderung
27 mancher linker, man könne Israel als Staat auflösen und stattdessen einen
28 gemeinsamen oder föderalen Staat gründen, ist eine nur oberflächlich überdeckte
29 Forderung nach dem Tilgen Israels und der Juden und Jüdinnen von der Landkarte.
30 Dieser nur wenig verbrämte Antisemitismus ist für uns inakzeptabel. Allerdings:
31 Auch im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung werden Menschen mit palästinensischer oder
32 arabischer Abstammung im israelischen Staat leben, und Menschen mit jüdischer oder
33 israelischer Abstammung im palästinensischen Staat. Sie müssen dies sicher,
34 selbstbestimmt und gleichberechtigt tun können. Sowohl der Angriff der Hamas wie
35 auch das Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza und Westjordan zerstören das
36 Vertrauen, unter ihrer Führung könnte das möglich sein.

37 Wir sind sowohl gegen das Schleifen des Kampfs gegen Antisemitismus, noch für das
38 Schweigen zu dem Gräuel in Gaza. Aus unserer Sicht ist es als Linke möglich und
39 nötig, sowohl entschieden gegen den wachsenden Antisemitismus als auch gegen
40 zunehmenden Rassismus einzustehen und sie aktiv zu bekämpfen. Es ist möglich, den
41 Anstieg antisemitischer als auch rassistischer Gewalt anzuprangern. Es ist möglich,
42 zugleich zu kritisieren, wenn Israels Kriegsführung als Selbstverteidigung, als
43 auch wenn der Hamas-Terror als Befreiungskampf zynisch verharmlost wird. Es ist
44 möglich, den brutalen genozidalen Überfall der Hamas auf Kibbuzim und ein linkes
45 Festival zu benennen, als auch die genozidale Kriegsführung der israelischen
46 Regierung in Gaza.

47 Es ist nötig, die Menschen in Gaza zu würdigen, die trotz drohender martialischer
48 Strafen gegen die Hamas protestieren, als auch den Israelis Sichtbarkeit zu

- 49 verschaffen, die für Frieden und die Freilassung der Geiseln demonstrieren.
- 50 Wir stehen zu dem Beschluss des Bundesparteitags von Halle: „Als Linke stehen wir
51 gemeinsam und entschieden gegen jede Form des Antisemitismus und Rassismus –
52 unabhängig davon, von welcher politischen und weltanschaulichen Richtung er
53 ausgeht. Wir stehen für eine Politik, die jüdische Menschen konsequent schützt.“
- 54 Antisemitismus beginnt nicht beim offenen Hass gegen Jüd*innen, sondern zeigt als
55 sich bereits als Verschwörungsideologie, die falsche, entmenschlichende,
56 dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüd*innen oder eine
57 vermeintliche „jüdische Weltverschwörung“ oder über die Kontrolle der Medien,
58 Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch Jüd*innen
59 annimmt. Antisemitismus ist daher auch nicht eine von vielen Formen rassistischer
60 Diskriminierung, sondern besitzt als umfassende Verschwörungsideologie einen
61 eigenen Charakter.
- 62 Der Bremer Landesverband bekräftigt den Kampf gegen jede Form des Antisemitismus
63 als Teil des antifaschistischen Selbstverständnisses aufrecht zu erhalten. Keine
64 Definition enthebt uns von unserer Verantwortung, Antisemitismus als Antisemitismus
65 zu benennen und zu verurteilen.
- 66 Denn wir sind Linke: Unser Maßstab ist die Menschlichkeit.

Begründung

Wir nehmen den Kampf gegen Antisemitismus ernst und stehen solidarisch an der Seite der Jüd*innen, sei es in Deutschland oder Israel. Wir kritisieren die israelischen Kriegsverbrechen in Gaza, wie es auch weite Teile der israelischen Bevölkerung seit Monaten entschieden tun. Den stetig wachsenden Antisemitismus, auch in Bremen und Bremerhaven können und dürfen wir dennoch nicht unwidersprochen lassen. Dafür benötigt es ein klares Bekenntnis und eine klare Definition, um Antisemitismus zu benennen und zu bekämpfen.

Daher wehren wir uns gegen (diskursive) Angriffe auf Existenzrecht Israels und eine pauschale Ablehnung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die sich als arbeitsfähiger Standard für das Erkennen antisemitischer Diskurse, besonders in der (historisch)-politischen Bildungsarbeit bewährt hat. Die anhaltende fachwissenschaftliche Diskussion über die Vor- und Nachteile der IHRA-Definition kann und darf nicht politisch durch uns beendet werden.

Antrag A 19: Ein starkes Zeichen für Stadtteil- und Umweltgerechtigkeit - Einführung eines Umwelt- und Sozialatlases für Bremen

Antragsteller/in:	Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> <input type="radio"/>

wie Empfehlung abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Bremische Bürgerschaft und der Senat der Freien Hansestadt Bremen werden
- 2 aufgefordert, die Entwicklung und Umsetzung eines Umwelt- und Sozialatlases für
- 3 das gesamte Bremer Stadtgebiet auf den Weg zu bringen – orientiert am Vorbild des
- 4 Berliner Umweltatlas. Ziel ist es, Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken und
- 5 soziale Benachteiligung kleinräumig – auf Ebene von Ortsteilen und Quartieren –
- 6 sichtbar zu machen und diese Daten regelmäßig zu veröffentlichen.

Begründung

In vielen Bremer Stadtteilen häufen sich verschiedene Formen der Benachteiligung: hohe Luft- und Lärmbelastung, mangelnde Grünflächen, bauliche Enge, urbane Hitzeinseln und eine überdurchschnittlich hohe soziale Belastung der Bevölkerung. Diese Faktoren beeinträchtigen die Gesundheit, Lebensqualität und sozialen Teilhabechancen der dort lebenden Menschen erheblich.

Bislang fehlt in Bremen ein integriertes, öffentlich zugängliches Instrument, das diese Mehrfachbelastungen sichtbar macht und der Stadtentwicklung als fundierte Entscheidungsgrundlage dienen kann.

Der Berliner Umweltatlas zeigt, wie es gehen kann: Dort werden Daten aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Soziales und Stadtplanung zusammengeführt, visualisiert und online bereitgestellt. So entsteht ein Werkzeug, das sozial und ökologisch gerechte Stadtplanung, gezielte Förderpolitik und ressortübergreifendes Verwaltungshandeln ermöglicht <https://www.berlin.de/umweltatlas/mensch/umweltgerechtigkeit/2022/karten/>.

Ziele eines Bremer Umwelt- und Sozialatlases:

- Identifikation von Mehrfachbelastungen („Hot Spots“) im Stadtgebiet
- Grundlage für sozial und ökologisch gerechte Stadtentwicklungsstrategien
- Orientierung bei der Verteilung öffentlicher Mittel, Investitionen und Klimaanpassungsmaßnahmen
- Förderung von Transparenz und Beteiligung auf Stadtteilebene
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Stadtplanungsressorts

Empfohlene Schritte für das weitere Vorgehen:

1. Der Senat erstellt ein ressortübergreifendes Konzept zur Entwicklung des Atlases unter Einbeziehung der Beiräte sowie der betroffenen Fachressorts (Umwelt, Stadtentwicklung, Gesundheit, Soziales).
2. Vorhandene Datenbestände werden gesichtet und durch gezielte Erhebungen ergänzt.
3. Der Atlas wird als interaktives Online-Portal aufgebaut und öffentlich zugänglich gemacht.

4. Eine regelmäßige Aktualisierung und Fortschreibung des Atlases wird gesichert.
5. Die Stadtteilbeiräte erhalten Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte an der inhaltlichen Ausgestaltung.

Antrag A 20: Für eine solidarische und diskriminierungsfreie Ausgestaltung der Bezahlkarte – Basiskonten für alle statt Ausgrenzung

Antragsteller/in:	LAG MiA
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Bremen fordert die Fraktion in der
- 2 Bremischen Bürgerschaft sowie den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die
- 3 Bezahlkarte ausschließlich als kurzfristige Übergangslösung Anwendung finden darf,
- 4 bei Personen, die kein Basiskonto bei einer Bank eröffnen können. Sobald ein
- 5 Basiskonto eingerichtet werden kann, muss die Nutzung der Bezahlkarte enden.
- 6 Die potenzielle Ausweitung der Bezahlkarte auf andere Personengruppen muss
- 7 verhindert werden.
- 8 Darüber hinaus fordern wir die Senatorinnen und Abgeordneten dazu auf, sich dafür
- 9 einzusetzen, umgehend Strukturen zu schaffen, die Geflüchtete aktiv und
- 10 systematisch bei der Beantragung eines Basiskontos unterstützen. Dies umfasst
- 11 insbesondere:
- 12 Eine umfassende Aufklärung über das Recht auf ein Basiskonto,
- 13 • die Bereitstellung von Sprachmittlung und Hilfestellung bei der
- 14 Antragstellung,
- 15 • sowie eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
- 16 Beratungsstellen.
- 17 Zudem sollen die Senatorinnen und Abgeordneten sich dafür einsetzen, dass geprüft
- 18 wird, inwiefern es in Bremen systematische oder unrechtmäßige Hindernisse bei der
- 19 Kontoeröffnung durch Banken gibt. Sollte sich zeigen, dass Finanzinstitute
- 20 Geflüchteten oder anderen Menschen den Zugang zu einem Basiskonto verwehren, obwohl
- 21 sie nach § 31 ZKG (Zahlungskontengesetz) dazu verpflichtet wären, sind
- 22 entsprechende rechtliche und politische Maßnahmen zu ergreifen.
- 23 Für zukünftige Koalitionsverhandlungen muss die Abschaffung der Bezahlkarte
- 24 Verhandlungsgegenstand sein.

- 25 Im Übrigen soll der Landesverband der Linken in Bremen sich mit der Umtauschaktion
26 in Bremen solidarisieren.

Begründung

Die Bezahlkarte darf nicht zu einem Instrument der Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung werden. Ihre Einführung darf nicht dazu führen, dass Geflüchteten dauerhaft Rechte und Möglichkeiten vorenthalten werden, die für alle anderen Menschen selbstverständlich sind. Die Nutzung der Bezahlkarte als Dauerlösung unterläuft das Recht auf ein Basiskonto und fördert soziale Stigmatisierung sowie praktische Ausgrenzung im Alltag.

Statt neue bürokratische und kontrollorientierte Systeme auszubauen, sollte die Politik in Bremen dafür sorgen, dass bestehende Rechte – wie der Anspruch auf ein Basiskonto – konsequent durchgesetzt werden. Bremen muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Antrag A 21: Echte Drogenhilfe statt repressive Symbolpolitik

Antragsteller/in:	AG Gesundheit und Pflege, Jörg Tapking (KV Nord-West · Nr. 257)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Lage für drogenkonsumierende Menschen in Bremen hat sich in den vergangenen
2 Jahren verschärft. Viele befinden sich in sehr prekären Lebensverhältnissen, sind
3 in einem sehr schlechten gesundheitlichen Zustand, häufig wohnungslos und zunehmend
4 auch ohne Krankenversicherung oder ohne ärztliche Versorgung. Die Anzahl der
5 drogenkonsumierenden Menschen nimmt zu, die Zahl der Drogentoten steigt, teils auch
6 durch immer gefährlichere und verunreinigte Drogen, und die Stigmatisierung von
7 Konsument*innen wächst.
- 8 Ende 2023 hat der Bremer Senat als Reaktion darauf eine ressortübergreifende
9 Drogenhilfestrategie beschlossen. Diese basiert auf vier Säulen – Prävention,
10 Schadensminimierung/Überlebenshilfe, Beratung/Therapie sowie
11 Repression/Regulierung. Vorrangig soll der Auf- und Ausbau dezentraler
12 Drogenhilfeangebote sowie von Toleranzflächen in den Stadtteilen erfolgen.
- 13 In den Jahren 2024 und 2025 wurden jeweils 5 Millionen Euro für die Umsetzung
14 dieser Strategie bereitgestellt. Doch bisher erfolgt die Umsetzung unausgewogen:
15 Repressive Maßnahmen dominieren, insbesondere durch verstärkte Polizeikontrollen im
16 Umfeld des Hauptbahnhofs und in direkter Nähe zu Hilfsangeboten und
17 Toleranzflächen. Diese Maßnahmen haben zu einer Verdrängung der Drogenszene in die

18 Stadtteile geführt, ohne dass dort gleichzeitig ausreichende
19 Unterstützungsstrukturen aufgebaut wurden.

20 Die bisherigen Maßnahmen laufen dadurch teilweise ins Leere: Insbesondere die
21 Kontrollen in direkter Nähe zu Hilfseinrichtungen und ausgewiesenen Toleranzflächen
22 wirken abschreckend und können dazu führen, dass Konsument*innen diese Angebote
23 meiden – wodurch eine bedarfsgerechte Versorgung ausbleibt. Gleichzeitig verursacht
24 die Verdrängung in die Stadtteile erhebliche Belastungen für die Anwohnenden in den
25 betroffenen Stadtteilen, da der Konsum unkontrolliert und im öffentlichen Raum
26 stattfindet. Drogenhilfeeinrichtungen und mehrere Beiräte haben inzwischen auf die
27 angespannten Situationen vor Ort aufmerksam gemacht und Unterstützung sowie eine
28 Aufgabe der Verdrängungspolitik eingefordert. Zuletzt wurde die Thematik auf der
29 Beirätekonferenz diskutiert.

30 Der aktuelle Sachstandsbericht zur Drogenhilfestrategie aus Mai 2025 bestätigt,
31 dass selbst massive Polizeipräsenz den Drogenhandel rund um den Hauptbahnhof nicht
32 nachhaltig eindämmen konnte. Nach erfolgreicher Strafverfolgung von meist
33 Kleinhändler*innen rücken schnell neue Personen nach, da die Nachfrage bestehen
34 bleibt, ebenso wie die gesundheitlichen und sozialen Notlagen. Eine sinnvolle und
35 wirkungsvolle Drogenpolitik setzt daher nicht auf Repression, sondern auf
36 Prävention, Versorgung und Schadensminimierung.

37 Genau hier liegt eigentlich auch der Schwerpunkt der Bremer Drogenhilfestrategie –
38 und genau dieser muss zukünftig konsequent und vollständig umgesetzt und finanziell
39 gesichert werden. Die Finanzierung der Strategie ist derzeit nur bis Ende 2025
40 gesichert. In den laufenden Haushaltsverhandlungen droht die Streichung oder
41 Kürzung – trotz der sich verschärfenden Lage. Das wäre fatal. Es braucht
42 stattdessen die Fortführung, eine vollständige Umsetzung der Strategie und eine
43 langfristige und sichere Finanzierungsperspektive der Drogenhilfe.

44 Wir fordern daher

- 45 • ein klares Bekenntnis des Senats zur Weiterführung der integrierten
46 Drogenhilfestrategie und zur Verstetigung der Finanzierung, dabei ist eine
47 Aufstockung der Mittel dringend notwendig um die Strategie angemessen und
48 effektiv umzusetzen.
- 49 • die Weiterentwicklung der Drogenhilfestrategie, insbesondere mit einem Fokus
50 auf Prävention, Versorgung und konkreter Hilfe. Wichtige Bausteine sind
51 hierbei unter Anderem
 - 52 • die Verbesserung der Wohn- und Unterbringungssituation durch zusätzliche
53 Wohneinrichtungen und Notunterkünfte. Dabei ist auch / insbesondere die
54 Situation wohnungsloser drogenkonsumierender Frauen zu berücksichtigen.
55 Angestrebt werden sollen auch szenenahe Angebote.
 - 56 • die Aufstockung und langfristige Absicherung der Streetworkstellen in
57 Osterholz, Vegesack, Neustadt, Mitte und Gröpelingen. Muttersprachliches
58 Streetwork.
 - 59 • die Schaffung von Tagesaufenthalten und Drogenhilfeeinrichtungen in den

- 60 Stadtteilen.
- 61 • die Verstetigung von Ruhe- & Regenerationsorten in Szene-Nähe.
- 62 • die Tolerierung von Kleinhandel einzelner Drogenkonsumeinheiten unter
- 63 Konsument*innen in Konsumräumen.
- 64 • die Etablierung von Einrichtungen zur Originalstoff- oder
- 65 Diamorphinvergabe.
- 66 • die Erweiterung der Nutzungszeiten bestehender Drogenhilfeangebote.
- 67 • die Einführung des Drugcheckings sowie eines Risikomonitorings.
- 68 • die Ermöglichung der Substitution für Menschen ohne Versicherung, hier
- 69 bietet sich der Ausbau bestehender Methadonprogramme an.
- 70 • die Beendigung von repressiven Maßnahmen durch den Senator für Inneres, die
- 71 lediglich eine Verdrängung der Szene zur Folge haben und eine effektive
- 72 Umsetzung von Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen verhindern.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A 22: Betroffene von patriarchaler Gewalt besser schützen

Antragsteller/in:	LAG Linker Feminismus Bremen, Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Doris Achelwilm (KV Nord-West · Nr. 201), Uta Beyer, Elisabeth Frey, Melanie Sauerbier, Maja Tegeler (KV Nord-West · Nr. 207), Katharina Schmitz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag beschließt, dem Schutz von Betroffenen von
- 2 Gewalt gegen Frauen, Nicht-Binäre, intergeschlechtliche und trans* Personen,
- 3 häuslicher Gewalt, sexualisierter Gewalt und Zwangsprostitution (im Folgenden unter
- 4 dem Begriff 'patriarchale Gewalt' zusammengefasst) eine hohe Priorität
- 5 zuzuschreiben.
- 6 Der Landesparteitag bestärkt die Senatorin für Gesundheit, Frauen und
- 7 Verbraucherschutz beim Ziel der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Er fordert
- 8 darüber hinaus eine konsequente und ressortübergreifend koordinierte
- 9 Weiterentwicklung der Maßnahmen.

- 10 Dazu ist eine enge Zusammenarbeit insbesondere mit dem Senator für Inneres und
11 Sport, der Senatorin für Justiz und Verfassung sowie der Senatorin für Arbeit,
12 Soziales, Jugend und Integration unerlässlich. Ziel ist es, die Maßnahmen zur
13 Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit höchster
14 Priorität zu behandeln und im kommenden Doppelhaushalt mit ausreichenden
15 finanziellen Mitteln auszustatten, um eine flächendeckende und bedarfsgerechte
16 Umsetzung sicherzustellen.
- 17 Insbesondere werden wir uns für die folgenden Punkte sowie deren Umsetzung
18 einsetzen:
- 19 • verpflichtende Aufklärungsmaßnahmen und Schulungen bei Polizeibediensteten,
20 Staatsanwält*innen und Richter*innen über patriarchale Gewalt sowie zum
21 angemessenen/sensiblen Umgang mit Gewaltopfern und Zeug*innen
 - 22 • Ausweitung des existierenden Hochrisikofall-Managements, vor allem durch
23 konsequente Umsetzung interdisziplinärer Fallkonferenzen (besetzt aus
24 Ermittlungsbehörden, Interventionsstellen, Jugendamt, Frauenhaus etc.) nach
25 dem Vorbild aus Rheinland-Pfalz
 - 26 • die Durchführung eines Pilotprojektes zur Einführung der elektronischen
27 Fußfessel nach dem spanischen Modell in Kombination mit direktem Opferschutz
28 und verpflichtender Täterarbeit;
 - 29 • Verbesserung der Schutzmaßnahmen für Gewaltopfer, Risikopersonen und
30 Zeug*innen von den o.g. Ausprägungen patriarchaler Gewalt und eine konsequente
31 Umsetzung von Opferrechten durch besseren Datenschutz, transparentere
32 Statusinformationen zum Verfahren, über Verurteilungen und
33 Verfahrenseinstellungen z.B durch die Einführung einer Gewaltschutz-App.

Begründung

Betroffene patriarchaler Gewalt werden oft auch nach ihren Gewalterfahrungen noch vor viele Probleme gestellt: Immer wieder häufen sich Berichte von Polizist*innen, die den Betroffenen nicht glauben oder ihnen keine angemessene Unterstützung bieten. Immer wieder erfahren Betroffene Retraumatisierungen oder werden erneut zu Opfern, weil Täter sich über Annäherungsverbote hinwegsetzen. Immer wieder werden Gefahren, die von den Tätern für FLINTA*s und Familien im Nachhinein ausgehen, unterschätzt. Das muss endlich beendet werden, Betroffenen muss geglaubt und sie müssen angemessen geschützt werden.

All diese Probleme treten bundesweit auf, wir wollen uns jedoch in Bremen dafür einsetzen, Vorreiter*innen zu sein und Schritte zu gehen, es besser zu machen.

Der Bericht der Expert*innenkommission GREVIO zeigt, dass die Istanbul-Konvention bundesweit nicht adäquat und zügig genug umgesetzt wird. Zwar nimmt Bremen mit der Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention und dem Landesaktionsplan Istanbul-Konvention eine Vorreiterinnenrolle ein, dennoch bedarf es weiter einer höheren Priorisierung der Thematik, insbesondere einer Bereitstellung größerer finanzieller Mittel, und einer erneuerten Zusammenarbeit aller relevanten Akteur*innen, da patriarchale Gewalt in Bremen sowie bundesweit weiterhin stark ansteigt.

Belegen lässt sich dieser besorgniserregende Anstieg u.a. mit den Auswertungen der polizeilichen Kriminalstatistik auf Bundes- und Landesebene.

Mit Blick auf den zunehmenden antifeministischen Backlash und dessen erwartbaren Folge, dass patriarchale Gewalt kein Fokusthema mehr darstellt, ist es notwendig, als Partei deutlich Position zu beziehen und sich entschieden gegen jegliche Ausprägung von patriarchaler Gewalt zu stellen. Hierfür ist es unabdingbar, sich für das Recht der Betroffenen auf ausreichende Schutzmaßnahmen sowie entsprechende Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung von patriarchaler Gewalt einzusetzen.

Antrag A 23: Rüstungsindustrie kontrollieren, Verteidigungsfähigkeit sichern, Friedensorientierung stärken

Antragsteller/in:	Kai Stührenberg (KV Links der Weser · Nr. 415), Christoph Spehr (KV Mitte-Ost · Nr. 363)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die weltpolitischen Umbrüche haben unmittelbaren Einfluss auf gesellschaftliche und
2 ökonomische Entwicklungen in Bremen und Bremerhaven. Neben Bayern und Baden-
3 Württemberg ist auch das Bundesland Bremen ein relevanter Standort von
4 Rüstungsindustrie. Etwa 7 Prozent vom Umsatz der bundesdeutschen Rüstungsindustrie
5 entfallen auf das Land Bremen. Dazu gehören Firmensitze und Produktionsstandorte
6 von einschlägigen Akteuren wie Atlas Elektronik, Rheinmetall, Lürssen, Airbus
7 Defence oder OHB. Logistisch sind ferner die Häfen von Bedeutung.

8

9 Vor dem Hintergrund steigender Rüstungsausgaben, veränderter sicherheitspolitischer
10 Bedrohungslagen und großer Unsicherheiten über die zukünftige Politik der USA,
11 Chinas, Russlands und anderer Militärmächte müssen wir in der Lage sein, uns in die
12 politische Debatte einzumischen. Die Bundesländer konkurrieren um die regionale
13 Verteilung der Gelder, die Rüstungsfirmen betreiben intensive Lobbyarbeit, während
14 die Bundesregierung die Antwort schuldig bleibt, für welches Ziel und für welche
15 Szenarien die Bundeswehr ausgerüstet werden soll.

16

17 Als Linke ist der Maßstab für uns eine funktionierende Landesverteidigung im
18 europäischen Bündnis. Wir orientieren auf Verteidigungsfähigkeit, nicht auf
19 „Kriegstüchtigkeit“. Wir halten fest am Primat der friedlichen Konfliktlösung. Wir
20 setzen auf Völkerrecht und globale Institutionen wie die UNO. Eine Welt, in der das
21 Recht des Stärkeren gilt, lehnen wir ab. „Wir sind gegen Aufrüstung und wir stehen

22 für Diplomatie (...) Als Linke verschließen wir sicher nicht die Augen vor den
23 Realitäten, deswegen sagen wir klar, die Bundeswehr muss so ausgestattet werden,
24 dass sie den Auftrag der Landesverteidigung erfüllen kann. Und natürlich braucht
25 Deutschland Verteidigungsbündnisse (...) Wir wollen nicht Hunderte Milliarden in die
26 Bundeswehr stecken, ohne genau zu wissen, was damit eigentlich passiert (...) Niemand
27 bei den Linken hat vor, die Verteidigungsausgaben auf null zu setzen (...) Die
28 Bundeswehr ist für uns Linke kein Feindbild.“ (Heidi Reichinnek im Interview mit
29 der ZEIT, 15.03.2025)

30

31 Im Spannungsfeld zwischen regionaler Wirtschaftspolitik und friedenspolitischer
32 Orientierung handeln wir wie folgt:

33

- 34 1. Rüstungsindustrie muss regional grundsätzlich behandelt werden wie andere
35 Branchen auch. Wir haben kein Interesse daran, dass Produktion und
36 Arbeitsplätze in andere Bundesländer abwandern – es ist nichts gewonnen, wenn
37 Waffen in Bayern hergestellt werden statt in Bremen. Wir sind Ansprechpartner
38 für Beschäftigte und ihre Vertretungen. Wir betreiben aber keine gezielte
39 Förderung von Rüstungsindustrie. Wir wollen keine lokalen Förderprogramme, die
40 sich ausdrücklich an die Rüstungsindustrie wenden. Bestehende
41 Fördermöglichkeiten stehen auch Unternehmen zur Verfügung, die Rüstungsgüter
42 produzieren. Auch bei der Vermittlung von Gewerbeflächen etc. wollen wir eine
43 angemessene, aber keine bevorzugte Behandlung.
- 44 2. Welche Ausgaben für die Rüstung nötig sind und welche nicht, welche Ziele und
45 Strategien damit verfolgt werden sollen, wie sich nationale und europäische
46 Produktion verhalten und ob nicht mit dem bestehenden Geld langfristig
47 genügend erreicht werden kann, wenn mehr auf Effizienz und auf eine
48 integrierte Beschaffung im EU-Rahmen gesetzt wird: Diese Diskussion muss
49 politisch und auf Bundesebene geführt werden. Regionale Lobby-Positionen
50 machen wir uns nicht zu eigen. Die traditionelle Praxis, möglichst viele
51 Standorte kleinteilig zu bedienen und so Standortinteressen den Vorrang vor
52 Mitteleffizienz zu geben, sehen wir kritisch. Wir setzen uns nicht für die
53 Genehmigung von regionalen Rüstungsexportanträgen ein.
- 54 3. Rüstungsproduktion unterliegt Konjunkturen, schafft Produkte, die nicht zu
55 einem selbsttragenden Wachstum der Produktion führen, und trägt schon durch
56 Aspekte wie Geheimhaltung weniger zu Innovationsnetzwerken bei als zivile
57 Produktion. Rüstungswachstum ist daher auch aus ökonomischer Sicht zwiespältig
58 und keine gleichwertige Perspektive für regionale Wirtschaftsentwicklung.
59 Gerade in Zeiten von Rüstungskonjunktur ist es daher wichtig, eine breit
60 aufgestellte zivile und innovationsorientierte Wirtschaftslandschaft zu
61 fördern.
- 62 4. Die ökonomische und politische Macht der Rüstungsindustrie muss kontrolliert
63 und begrenzt werden. Wir treten auf Bundesebene ein für das Abschöpfen von
64 Übergewinnen durch eine Übergewinnsteuer, für öffentliche Produktion von

- 65 militärischen Massengütern wie Munition in eigenen Fabriken, für staatliche
66 Beteiligungen und perspektivisch für die Verstaatlichung der
67 Rüstungsindustrie. Auf Landesebene kontrollieren
- 68 5. Nach Bremischem Hochschulgesetz geben sich die Hochschulen eine Zivilklausel;
69 die genaue Ausgestaltung fällt unter die Autonomie der Hochschulen. Daran
70 halten wir fest. Wir sehen darin ein wichtiges Instrument, öffentliche
71 Forschung vor einer Dominanz der finanzstarken Rüstungsindustrie zu schützen,
72 Transparenz zu schaffen sowie den öffentlichen und nicht profitorientierten
73 Charakter der Hochschulforschung zu erhalten. Die Zivilklausel erfasst
74 allerdings bereits jetzt nicht Forschungsbereiche mit dual-use-Inhalten. Zur
75 Verteidigungsfähigkeit gehören zunehmend auch Bereiche wie Zivil- und
76 Katastrophenschutz, Cybersicherheit, oder die Auseinandersetzung mit hybriden
77 Angriffen wie Manipulation über private Medienplattformen. Wir wollen daher
78 die Diskussion führen, wie die Intention von Zivilklauseln, den zivilen
79 Charakter der Hochschulforschung zu erhalten, auf die veränderte Realität von
80 Konflikten anzupassen ist.
- 81 6. Militarisierung bedeutet Einengung auf militärische Logik, militärisches
82 Denken und militärische Interpretation von Konflikten. Um dieser Verengung
83 entgegenzutreten, wollen wir Bereiche wie Friedens- und Konfliktforschung
84 stärken und ausbauen.
- 85 7. Die Bundeswehr ist Teil der Gesellschaft. Wie für andere Organisationen und
86 Institutionen auch, kann es für die Bundeswehr keine Werbungsmöglichkeit in
87 Schulen geben.

Begründung

--

Antrag O 01: Kein zweiter Landesparteitag 2025

Antragsteller/in:	Malte Lier (KV Mitte-Ost · Nr. 358)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Bremen & Bremerhaven verzichtet auf einen zweiten satzungsgemäßen
2 Landesparteitag im Jahr 2025. Der Landesvorstand kann bei signifikanten Änderungen
3 der politischen Lage oder auf Grund von anderen Notwendigkeiten mit einem Beschluss
4 diesen Antrag widerrufen.

Begründung

Laut Satzung ist der Landesverband dazu angehalten zwei ordentliche Landesparteitage pro Jahr durchzuführen (siehe 4.1 Landesparteitag §12). Auf Grund der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 sowie anderen terminlichen Überschneidungen ist der erste Landesparteitag im Jahr 2025 spät terminiert. Da aktuell keine großen Themen mehr für das Jahr 2025 anstehen und auch kein Bundesparteitag vorbereitet werden muss, schlage ich vor, auf einen zweiten Landesparteitag zu verzichten. Bereits zu Beginn des Jahres 2026 müssen wir wieder einen Landesparteitag einberufen, um die turnusgemäßen Wahlen durchzuführen. Da dieser voraussichtlich zweitägig sein muss, werden dabei viele Ressourcen gebunden. Ein zweiter Landesparteitag in 2025 wäre dabei zu nah an dem 34. Landesparteitag und dem ersten in 2026 und würde dem Organ einen inflationären Charakter geben.

Da sich die politische Lage jedoch in kurzer Zeit dramatisch ändern kann, soll der Landesvorstand die Möglichkeit haben, bei Bedarf den zweiten Parteitag dennoch einzuberufen.

Antrag O 02: Klare Abgrenzung gegen reaktionäre, verschwörungsideologische und demokratiefeindliche Positionen und Parteien

Antragsteller/in:	Lucas Fiola (KV Mitte-Ost · Nr. 352)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Kreisvorstände sowie der Landesvorstand des Landesverbands Die Linke Bremen
- 2 werden aufgefordert,
- 3 1. bei Neueintritten konsequent zu prüfen, ob potenzielle Mitglieder eine
- 4 politische Vergangenheit im BSW oder in anderen Organisationen mit
- 5 reaktionärem, verschwörungsideologischem oder demokratiefeindlichem Profil
- 6 aufweisen;
- 7 2. in begründeten Fällen ein strukturiertes Aufnahmeprüfverfahren durchzuführen,
- 8 das die Vereinbarkeit der bisherigen politischen Praxis und Äußerungen mit den
- 9 Grundwerten der Partei Die Linke abklärt;
- 10 3. klarzustellen, dass eine politische Annäherung oder Zusammenarbeit mit dem BSW
- 11 – ebenso wie mit anderen Parteien, die menschenfeindliche, nationalistische
- 12 oder demokratiefeindliche Positionen vertreten – ausgeschlossen ist.
- 13 Wir begreifen uns als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung für eine
- 14 gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft – nicht als Auffangbecken für
- 15 autoritäre oder rechtskonservative Kräfte. Vermeintliche friedenspolitische

- 16 Überschneidungen in Teilen der Linkspartei und des BSW dienen nicht als kleinster
17 gemeinsamer Nenner und sind kein ausreichender Grund für eine (erneute) Annäherung.
18

Begründung

Nach der Abspaltung rund um Sahra Wagenknecht und der Gründung des „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) hat sich diese neue Partei in mehreren Bundesländern als potenzieller Koalitionspartner für bürgerliche und rechte Kräfte positioniert. In Thüringen erschwerte die Abspaltung ehemaliger Mitglieder wie Katja Wolf die Chancen auf eine Wiederwahl von Bodo Ramelow erheblich. Auch bundesweit trug das BSW wesentlich zu den Verlusten der Partei Die Linke bei – insbesondere in Ostdeutschland, wo wir beispielsweise in Brandenburg den Einzug in den Landtag verfehlten.

Das propagierte Ziel des BSW, eine progressive Alternative für enttäuschte AfD-Wählerinnen zu bieten, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen hat das BSW mit seiner populistischen Ausrichtung und pauschaler Systemkritik vor allem autoritären und nationalistischen Tendenzen Vorschub geleistet. Führende Vertreterinnen des BSW äußern sich immer wieder öffentlich abfällig und diffamierend über Die Linke und ihr Personal.

Trotz des jüngsten Erfolgs der Linken bei den Bundestagswahlen und dem gleichzeitigen Scheitern des BSW an der Fünf-Prozent-Hürde mehren sich Stimmen, die nun in unserer Partei wieder eine politische Heimat suchen. Diese Entwicklung bedarf jedoch einer kritischen Einordnung.

Das BSW fiel in den letzten zwei Jahren durch reaktionäre, verschwörungsideologische und wissenschaftsfeindliche Aussagen auf – insbesondere in der Migrations- und Gesundheitspolitik. So vertraten Mitglieder des BSW wiederholt Positionen, die wissenschaftlich widerlegt oder mit demokratischen Grundwerten unvereinbar sind. Beispiele sind das Verharmlosen der COVID-19-Pandemie, eine ablehnende Haltung gegenüber Impfungen oder die Übernahme verschwörungstheoretischer Narrative zur Weltpolitik (siehe: [Tagesspiegel](#)).

Erst kürzlich reiste eine BSW-Delegation gemeinsam mit rechtsnationalen Aktivisten zur sogenannten Siegesfeier nach Moskau – ein Akt, der angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine das Leid der betroffenen Menschen relativiert und verhöhnt (siehe: [Spiegel](#)). Des Weiteren relativieren Mitglieder des BSW immer wieder das Leid der Menschen, die durch die autoritäre und faschistoide Regierung Russlands unterdrückt werden. Dazu zählen ethnische Minderheiten, Queers, Menschen in von Russland besetzten Gebieten wie in Transnistrien oder Georgien und andere Bevölkerungsgruppen.

Fazit:

Die Linke Bremen erkennt in den Positionen und öffentlichen Äußerungen des BSW zahlreiche Elemente, die unvereinbar sind mit den Grundwerten einer internationalistischen, antifaschistischen, ökologischen und sozialistisch-demokratischen Partei. Menschenfeindlichkeit, Verschwörungsideologien und autoritäres Denken dürfen in unserer Partei keinen Platz haben – unabhängig davon, in welcher Verpackung sie auftreten.

Antrag O 03: Anerkennung der Landesarbeitsgemeinschaft

„Die Linke hilft“ als landesweiter Zusammenschluss

Antragsteller/in:	LAG Die Linke hilft, Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesarbeitsgemeinschaft „Die Linke hilft“ wird als landesweiter
- 2 Zusammenschluss anerkannt.

Begründung

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Die Linke hilft“ besteht seit dem Frühjahr 2024 und ist seitdem eine etablierte LAG im Landesverband Bremen.

Seitdem finden in der Friesenstraße 6 einmal wöchentlich Beratungen zu Themen wie Mietrecht, Arbeitsrecht, Bürgergeld u. ä. statt.

Seit einigen Monaten wurde das Beratungsangebot auf LdW im Buntentorsteinweg 109 ausgeweitet und seit kurzem zudem um das „Wurst Case“, Sebaldsbrücker Bahnhof 1 in Hemelingen.

Die Beratungen werden nun mehr seit längerer Zeit sehr gut angenommen, es konnte bereits mehreren Leuten geholfen und zudem sogar einige Parteibetriebe verzeichnet werden. Die Beratenden geben sich bei Bedarf niedrigschwellig gegenseitig Hilfestellung und ergänzen sich flexibel, um ein regelmäßiges und zuverlässiges Beratungsangebot sicherzustellen.

Die LAG organisiert außerdem regelmäßig Workshops und Weiterbildungen zu den nötigen Themen. Auch ein Landeskoordinierungsrat wurde bereits gebildet, um alle anfallenden organisatorischen Themen abzudecken und zu ermöglichen, dass sich die Beratenden auf die nach Hilfe suchenden Menschen vollumfänglich konzentrieren können.

Durch die Umwandlung in eine anerkannte LAG hat die „Die Linke hilft“ bessere Möglichkeiten und kann sich weitreichender mit diesen Themen beschäftigen, was besonders durch die Regierungsbeteiligung und die wirtschaftliche Situation im Bundesland Bremen zusätzlich von Vorteil werden kann. Außerdem würde die anerkannte LAG den Aufbau der BAG unterstützen.

Antrag O 04: Anerkennung der Arbeitsgemeinschaft Umsteuern als landesweiter Zusammenschluss "Landesarbeitsgemeinschaft Finanzpolitik"

Antragsteller/in:	AG Umsteuern, Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)
-------------------	--

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	<input type="radio"/> - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft Umsteuern wird als landesweiter Zusammenschluss
- 2 "Landesarbeitsgemeinschaft Finanzpolitik" anerkannt.

Begründung

Die Arbeitsgemeinschaft „Umsteuern“ hat sich im März 2024 gegründet und ist seitdem eine etablierte AG im Landesverband Bremen. Die Treffen findet regelmäßig mindestens einmal im Monat statt und dort treffen sich wirtschaftlich interessierte Genossis, die sich unabhängig ihrer beruflichen Erfahrung über Themen im Bereich der Steuergerechtigkeit und allgemeinen Umverteilungsproblematik austauschen. Dies sind Kernthemen der Linkspartei, besonders im vergangenen Bundestagswahlkampf, in welchem wir unter anderem Rechercheaufträge bearbeitet haben. Wir haben bereits mehrere gut besuchte Veranstaltungen organisiert und auch weitere für die Zukunft geplant. Durch die Umwandlung in eine anerkannte Landesarbeitsgemeinschaft hat die LAG bessere Möglichkeiten und kann sich weitreichender mit diesen Themen beschäftigen, was besonders durch die Regierungsbeteiligung und die wirtschaftliche Situation im Bundesland Bremen zusätzlich von Vorteil werden kann. Außerdem würde die LAG den Aufbau der BAG unterstützen, diese benötigt nämlich insgesamt acht LAGs.

Antrag O 05: Faschismus entfolgen: Distanzierung von X als politisches Signal

Antragsteller/in:	Jonas Hildebrandt (Linksjugend · Nr. 553), Elena Budimski (Linksjugend · Nr. 551)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	<input type="radio"/> - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand sowie die Kreisverbände des Landesverbandes Die Linke Bremen
- 2 werden aufgefordert,
- 3 1. Den offiziellen X-Account (ehemals Twitter) des Landesverbandes Bremen
- 4 unverzüglich zu deaktivieren und dauerhaft zu löschen.
- 5 2. Sich öffentlich von der Plattform X zu distanzieren und die Beweggründe

- 6 transparent zu kommunizieren.
- 7 3. Sich dafür einsetzen, dass auch andere Mandatsträger*innen, Landesverbände
- 8 sowie die Bundespartei diesen Schritt in Erwägung ziehen.

Begründung

X (ehemals Twitter) ist unter der Leitung von Elon Musk zunehmend zu einem Ort geworden, an dem rechte, verschwörungsideologische und rassistische Inhalte nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert werden.

Seit der Übernahme durch Musk hat sich die Moderationspolitik drastisch verändert. Journalist*innen wurden willkürlich gesperrt, rechte Hetze bleibt oft unkommentiert und faschistische Accounts erfahren Reichweitensteigerungen.

Elon Musk ist dabei nicht nur eine unschuldige Person im Hintergrund. Er treibt diese Entwicklung politisch und ideologisch maßgeblich voran. Ein Milliardär, der sich offen mit Faschist*innen gemein macht, Verschwörungserzählungen verbreitet und sich selbst als Kämpfer gegen „Wokeness“ bezeichnet. Wer auf seiner Plattform bleibt, stärkt nicht nur seine Reichweite, sondern auch sein politisches Projekt: eine autoritäre, elitäre, menschenverachtende Vision einer Gesellschaft.

Mit jedem Tweet, den wir dort absetzen, legitimieren wir diese Bühne. Mit jeder Interaktion treiben wir den Algorithmus an, der rechte Stimmen hervorhebt und linke Stimmen systematisch unterdrückt. Wir geben Aufmerksamkeit, Daten, Inhalt und damit auch Macht an einen Mann, der das genaue Gegenteil unserer Grundüberzeugungen vertritt.

Mehrere Landesverbände, darunter auch Die Linke Sachsen und Die Linke Schleswig-Holstein haben bereits öffentlich ihre Accounts deaktiviert und sich von der Plattform distanziert. Dieser Schritt wurde in der Gesellschaft sowie in der Partei positiv aufgenommen und steht im Einklang mit unseren antifaschistischen, antirassistischen und demokratischen Überzeugungen.

Fazit:

Die Linke Bremen versteht sich als Teil einer fortschrittlichen, solidarischen und antifaschistischen Bewegung. Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit sowie andere rechte Hetze dürfen keinen Raum in unserer politischen Arbeit finden, auch nicht im digitalen Raum. Wir fordern daher den konsequenten Rückzug von der Plattform X.

Antrag O 07: Feministische Parteipraxis stärken!

Antragsteller/in:	LAG Linker Feminismus Bremen, Anna Fischer (KV Nord-West · Nr. 205), Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 203), Doris Achelwilm (KV Nord-West · Nr. 201), Bullert Loki (KV Bremerhaven · Nr. 101), Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305), Anna Bredemeyer, Filippo Lamy, Melanie Sauerbier, Eva Buschhaus, Jacqueline Brinkmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug

Entscheidung:

wie Empfehlung abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Linke ist eine feministische Partei! Wir machen Politik für Gleichberechtigung
2 und Geschlechtergerechtigkeit. Das heißt zum Beispiel, dass wir uns einsetzen für
3 gleiche Bezahlung, für gute gesundheitliche Versorgung von Frauen und TINA-Personen
4 (trans, inter, nichtbinäre und agender), für gute Finanzierung von Frauen*häusern
5 und Schutzstrukturen gegen patriarchale Gewalt oder für die Aufwertung von
6 vermeintlichen „Frauen-Berufen“. Feminismus ist für uns ein Querschnittsthema, das
7 wir in allen Politikbereichen mitdenken, egal ob Sozial-, Wirtschafts- oder
8 Baupolitik.

9 Als feministische Partei setzen wir uns aber auch mit unseren eigenen Strukturen
10 auseinander und arbeiten stetig daran, Sensibilität für die Wirkungsweisen von
11 Sexismus im alltäglichen Parteileben zu stärken und eine feministische und
12 solidarische Parteipraxis zu etablieren. Dafür haben wir zum einen strukturelle
13 Leitplanken: Es gibt feministische Strukturen wie Schutzräume, Förderprogramme,
14 Kinderbetreuungsangebote bei Parteitag und die Awareness-Struktur oder
15 strukturell abgesicherte Regelungen wie Quotierungen von Wahlämtern und Redelisten.
16 Andererseits ist eine feministische Parteipraxis auch immer eine Frage vom
17 Miteinander der in der Partei organisierten Individuen. Wir brauchen eine
18 gemeinsame und individuellen Auseinandersetzung damit, wie uns die Sozialisierung
19 in einer patriarchalen Gesellschaft (als Partei) prägt.

20 In unseren Strukturen sollte es zum Beispiel keine Themen geben, die FLINTA*
21 zugeschrieben werden, die als weniger wichtig betrachtet werden. Alle Anliegen
22 verdienen die gleiche Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Auch übernehmen FLINTA*
23 Personen häufig Aufgaben im Hintergrund – etwa das emotionale Kümmern oder die
24 Organisation – während es cis Männern oft leichter fällt, sich inhaltlich zu
25 beteiligen und damit sichtbar zu sein. Deshalb ist es wichtig, Räume zu schaffen,
26 in denen jede Form von Engagement anerkannt wird und ungleiche Verteilung dieser
27 reproduktiven Arbeit aufgehoben wird.

28 Es entspricht der Sozialisierung in dieser Gesellschaft, dass sich cis-Männer in
29 der Tendenz viel schneller und leichter politische Räume aneignen als FLINTA-
30 Personen (Frauen, Lesben, inter, trans, nicht-binäre und agender). Das führt zu
31 einer Dynamik bei, die dafür sorgt, dass diese Räume männlich dominiert sind und
32 FLINTA-Personen sich – in der Tendenz – noch schwieriger damit tun, selbst dort
33 aktiv zu werden. Um diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken, wollen wir noch
34 stärker auf feministische Errungenschaften achten und unsere Strukturen in der
35 Breite des Landesverbands dazu ermutigen, sich mit feministischer Parteipraxis
36 auseinanderzusetzen. Außerdem denken wir strukturelle Teilnehmbarrieren wie
37 Vereinbarkeitsherausforderungen von Eltern - oft Müttern - mit, und versuchen
38 unsere Treffen entsprechend zu gestalten.

39 **Konkret heißt das:**

- 40 • Alle Neumitglieder mit dem Geschlechtseintrag weiblich, divers oder ohne
41 Geschlechtseintrag sollen bei ihrem Eintritt einen Hinweis auf das FLINTA-
42 Netzwerk erhalten mit Informationen zum nächsten Treffen. Das FLINTA-Netzwerk
43 sorgt als (Schutz)Raum für die Vernetzung und die gegenseitige Stärkung von
44 FLINTA-Personen.
- 45 • Wir bekräftigen die Wichtigkeit der Arbeit der Awareness-Struktur und sorgen
46 dafür, dass Informationen über ihre Ansprechbarkeit transparent auf der
47 Website stehen und regelmäßig bei Mitgliederversammlungen und anderen Treffen
48 bekannt gemacht werden.
- 49 • Es gibt eine Reihe von Mechanismen, die dafür sorgen können, Treffen
50 angenehmer und inklusiver zu gestalten. Dazu gehören Redezeitbegrenzungen,
51 quotierte Redelisten, klare zeitliche Absprachen, transparente Rotation von
52 Moderationsaufgaben und klare Absprachen für Tagesordnungen. Wir beauftragen
53 den Landesvorstand, eine Best Practice Sammlung zu erstellen und rufen alle
54 Aktiven-Strukturen dazu auf, ihre Erfahrungswerte und Ideen dafür beizusteuern
55 und die daraus entstehende Sammlung bei ihren Treffen zu nutzen.
- 56 • Wir regen alle Aktiven-Strukturen an, die Bedürfnisse von Eltern aktiv
57 mitzudenken. Dabei kann es z.B. darum gehen, Treffen und Parteiaktivitäten so
58 zu gestalten, dass Kinder mitgebracht werden können (und dies in der
59 Ankündigung anzugeben), klare Zeitbegrenzungen von Treffen einzuhalten oder
60 Uhrzeiten zu wählen, die Familien-kompatibel sind. Bei größeren
61 Veranstaltungen wie Parteitag, Landes- und Kreismitgliederversammlungen,
62 o.Ä. halten wir das Angebot einer Kinderbetreuung aufrecht, appellieren an
63 Organisator*innen von diesem Versammlungen, in Absprache mit der
64 Landesgeschäftsstelle, die Option der Kinderbetreuung anzubieten, und
65 ermutigen alle Eltern, diese in Anspruch zu nehmen.
- 66 • Wir unterstützen das Ansinnen der Bürgerschaftsfraktion, im Herbst ein
67 Mentoring für FLINTA-Personen auf die Beine zu stellen.
- 68 • Wir regen alle Aktiven-Strukturen dazu an, sich reflektierend mit
69 Geschlechterrollen und ihrem Einfluss auf die gemeinsame politische Arbeit
70 auseinanderzusetzen. Dabei kann es darum gehen, wer wie viel Raum einnimmt und
71 besonders oft/lang spricht, wer Reproduktionsaufgaben wie das Schreiben von
72 Protokollen oder das Abspülen nach Treffen übernimmt, wem mehr/weniger
73 zugehört wird und wem welche Expertise zugeschrieben wird, welche Themen als
74 besonders relevant wahrgenommen werden oder wie wohl sich Einzelne bei Treffen
75 fühlen.
- 76 • Wir achten auf paritätische Repräsentanz des Landesverbands nach außen. Das
77 heißt insbesondere im Kontext von Öffentlichkeitsarbeit, sicherzustellen, dass
78 FLINTA-Personen ebenfalls sichtbar sind und ggf. dafür bestehende Barrieren
79 abzubauen.
- 80 • Wir regen an, einen Raum Rahmen zu schaffen, in dem sich cis-Männer regelmäßig
81 mit diesen Themen auseinandersetzen, ihre Rolle im patriarchalen System
82 reflektieren, hinterfragen und kritisch betrachten. Die Linksjugend hat

- 83 bereits ein vergleichbares Konzept ("Organisierte Männlichkeitskritik"),
84 dieses könnte als Vorbild bzw. Inspiration dienen.
- 85 • Wir ermutigen alle FLINTA-Personen: Eignet euch diese Partei an! Nehmt Raum
86 ein, bringt eure Themen und Ideen mit, bildet Banden, sprecht im Zweifelsfall
87 Macker-Verhalten an und seid aktiver Teil dieser Partei – wir brauchen euch!
88 Wir brauchen uns!

Begründung

Seit Beginn des Jahres sind über 850 neue Mitglieder in unseren Landesverband eingetreten. Davon haben 47% den Geschlechtseintrag weiblich, gut 11% den Eintrag divers oder keinen Eintrag und 41,5% den Eintrag männlich. Gegenüber unserer bisherigen Quote von gut 1/3 Mitgliedern mit dem Geschlechtseintrag weiblich ist das eine deutliche Steigerung, die sich auch in der aktuellen Geschlechterverteilung innerhalb der Mitgliedschaft positiv niederschlägt. Es ist absolut zu begrüßen, dass sich so viele FLINTA-Personen für eine Mitgliedschaft in der Linken entscheiden. Interessanterweise schlägt sich diese Entwicklung in den Aktivenzahlen bei Treffen und Sitzungen von Basisgruppen, AGs und anderen Aktiven-Zusammenhängen weniger nieder. Wir erleben, dass sich das, was wir alle als Teile einer patriarchalen Gesellschaft lernen, auch in unsere Partei hinein fortsetzt. Männer eignen sich Räume, gerade politische Räume wie eine Partei deutlich schneller an. Teils raumeinnehmendes männliches Verhalten trägt wiederum dazu bei, dass viele Frauen und FLINTA-Personen berichten, dass sie sich eher schwertun, an Treffen teilzunehmen und sich einzubringen – eine Dynamik, die sich im Zweifel gegenseitig bestärkt. Dass das so passiert, ist ein Stück weit normal – wir sind alle in dieser Gesellschaft aufgewachsen, in der Frauen und Männern unterschiedliche Räume und Verhaltensweisen zugeordnet und vorgelebt werden. Trotzdem muss es unser Anspruch als feministische Partei sein, solche Dynamiken zu erkennen, zu reflektieren und zu verändern. Das wollen wir einerseits bekräftigen und andererseits konkrete Schritte vorschlagen, wie wir feministisches Parteileben stärken und fördern können.

Antrag O 08: Die Linke erneuert sich strukturell mit einer Mandatszeitbegrenzung

Antragsteller/in:	Basisgruppe Links der Weser
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke erneuert sich strukturell mit einer Mandatszeitbegrenzung.
- 2 Die Linke Bremen führt eine Mandatszeitbegrenzung von drei Legislaturperioden für

- 3 die Listenaufstellung zur Bürgerschaftswahl ein. Diese soll für neue Bewerber*innen
4 ebenso gelten wie für jene, die bereits zum Zeitpunkt der Aufstellung ein Mandat
5 ausüben.
- 6 Zudem wird die Möglichkeit geschaffen, dass der Landesparteitag über einen
7 entsprechenden Beschluss, mit einer zwei Drittel Mehrheit, der
8 Vertreter*innenversammlung empfiehlt, Bewerber*innen, die ihr Mandat bereits drei
9 Legislaturen oder länger ausgeübt haben weiterhin aufzustellen. Der Landesvorstand
10 wird beauftragt, eine Wahlgesetz konforme, satzungsfeste Lösung zu erarbeiten.

Begründung

Die Linke wird als basisorientierte, sozialistische Mitgliederpartei gebraucht. Gerade jetzt muss Die Linke Erneuerung ausstrahlen und diese auch strukturell

vorantreiben. Die Bundessatzung der Partei Die Linke gibt eine Begrenzung von acht Jahren für Parteiämter vor (§ 33 Absatz 3 Bundessatzung). Ebenso hat sich auf dem Bundesparteitag in Chemnitz eine Mehrheit zur Begrenzung von Bundestagsmandaten gefunden. Dasselbe muss auch für Mandate auf Landesebene gelten.

Langjährige Mandate leisten der Verkrustung von Parteistrukturen und dem fortschreitenden Parlamentarismus Vorschub. Abgeordnete auf Dauer zu bleiben und das Mandat als Beruf auszuüben, widerspricht den Grundsätzen einer bürgernahen, gesellschaftsverändernden und basisdemokratischen Partei. Eine Fraktion sollte stets aus erfahrenen Kräften und frischem Personal bestehen, um die professionelle Arbeit ebenso sicherzustellen wie den Zufluss neuer Ideen und Perspektiven. Neue Köpfe müssen rechtzeitig die Möglichkeit bekommen, parlamentarische Erfahrungen zu sammeln und sich bekannt zu machen. Mit personeller Erneuerung kann der Weg bestritten werden, auf den sich die Partei ausgerichtet hat.

Das Personalproblem der Linken wird sich nicht ohne strukturelle Veränderungen lösen lassen.

Eine Mandatszeitbegrenzung ist eine Möglichkeit, die Parteistrukturen aufzufrischen. Dabei können Abgeordnete nach drei Legislaturperioden den Wissenstransfer als Mitarbeiter*innen von neuen Abgeordneten weiterhin ermöglichen. Mit der Regelung, dass die Kommission zur Listenaufstellung Bewerber:innen mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigen kann, wird zudem die Möglichkeit geschaffen, dass bekannte Abgeordnete mit positiver Strahlkraft auch über drei Legislaturperioden hinaus Sichtbarkeit für Die Linke schaffen können.

Antrag O 09: Gehaltsdeckelungen für Staatsrät*innen und Senator*innen

Antragsteller/in:	Basisgruppe Links der Weser
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Staatsrät*Innen und Senator*Innen von DIE LINKE verpflichten sich,entsprechend des
- 2 Beschlusses des Bundesparteitages bezüglich der Deckelung der
- 3 Bundesabgeordnete*innen, ihre Gehälter zu deckeln - und den Überschuss an Die
- 4 Partei, soziale Bewegungen und für soziale Hilfen abzuführen. Hierüber ist
- 5 Rechenschaft abzulegen.

Begründung

Um von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen als glaubwürdige Interessenvertreter:innen und Klassenpartei wahrgenommen zu werden, braucht es verbindliche Zusagen zukünftiger Kandidierender, sich der parteiintern schon lange diskutierten Mandatsträger:innen Abgabe zu verpflichten. DIE LINKE darf kein Platz für von der Klasse entfremdeter Politiker:innen sein.

Diäten von weit über dem durchschnittlichen Einkommen und bis zu 13000 Euro brutto pro Monat entfremden einem schnell von den Problemen der lohnabhängigen Menschen. Nicht die gleiche Lebensrealität wie Menschen der arbeitenden Klasse zu teilen verschiebt die Priorisierung im politischen Alltag, behindert nicht nur das Erkennen von Problemen, sondern auch ihre Lösung. Der Beschluss des Chemnitzer Bundesparteitages, Diäten zu begrenzen, weist den Weg für eine Ausweitung in die Landesparlamente.

Die Begrenzung der Einkommen von Politiker:innen gibt das Verständnis über das tatsächliche Leben der Lohnabhängigen zurück. Damit hat die Partei ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Wettbewerb und treibt ihre Verankerung in der Breite der Arbeiter*Innenklasse voran. Die Linke Bremen sollte sich an diesem erfolgreichen Konzept ein Beispiel nehmen und als sozialistische Klassenpartei eine vergleichbare Praxis etablieren.

Antrag O 10: Klimagerechtigkeit zum Kernthema der Linken machen!

Antragsteller/in:	AG Umwelt und Klima
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Bremen erkennt den Klimawandel als zentrale soziale Frage an und stellt
- 2 die Verbindung von Umwelt- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt ihres politischen
- 3 Handelns. Daraus folgt:
- 4 • **Klima- und Umweltpolitik nicht als Nebenthemen behandeln**

- 5 Die Partei verpflichtet sich, Klima- und Umweltpolitik als integrale Bestandteile
6 ihrer Programmatik zu begreifen – gleichrangig mit den klassischen Themen Mieten,
7 Löhne und Umverteilung. Dies gilt für das politische Handeln in Senat und Fraktion
8 genauso wie für das Wahlprogramm zur Bürgerschaft und den Wahlkampf.
- 9 • **Soziale Absicherung der ökologischen Transformation sicherstellen**
- 10 Die Linke Bremen setzt sich für eine gerechte Steuerung des ökologischen Umbaus der
11 Wirtschaft ein, die die Interessen von Beschäftigten schützt und ausbaut. Wir
12 erteilen dem rechten Diskurs „Klimaschutz vs. Arbeitsplätze“ eine Absage und setzen
13 uns stattdessen für eine zukunftsträchtige sozial-ökologische Transformation der
14 Wirtschaft ein, die beides zusammendenkt.
- 15 • **Klima schützen, Klimafolgen begrenzen UND soziale Ungleichheit abbauen**
- 16 Wir bekämpfen nicht Maßnahmen zum Klimaschutz, sondern setzen uns dafür ein, dass
17 deren Finanzierung gerecht verteilt wird. Maßnahmen zur Anpassung an die
18 Klimakrise (z. B. Hitzeschutz, Energiearmut) müssen besonders auf benachteiligte
19 Gruppen zielen, die am stärksten betroffen sind.
- 20 • **Klimapolitik sichtbar und offensiv vertreten**
- 21 Die Linke Bremen verpflichtet sich, ihre klima- und umweltpolitischen Positionen
22 stärker öffentlich zu kommunizieren und sichtbar in gesellschaftliche Debatten
23 einzubringen, z.B. durch entsprechende Veranstaltungen und Kampagnen, aber auch,
24 indem sie sich an zivilgesellschaftlichen Bündnissen beteiligt.

Begründung

Mit dem Fokus auf die „klassisch sozialen“ Themen Mieten und Umverteilung hat die LINKE bei der Bundestagswahl einen großen Erfolg erzielt. Klimawandel und Klimapolitik sind dabei jedoch völlig an den Rand gedrängt worden. Als AG Umwelt und Klima treibt uns die Sorge um, dass sich das verfestigt. Dabei werden der Klimawandel und die mit ihm verbundenen Transformationsprozesse DIE soziale Frage der Zukunft sein. Arme sind von Klimafolgen mehr betroffen als Reiche; die ökonomische Transformation ist in vollem Gange und muss im Sinne der lohnabhängig Beschäftigten sinnvoll gesteuert werden; die Erdüberhitzung wird zunehmend zur Fluchtursache etc. Als linke Partei können und dürfen wir das nicht ignorieren, indem wir Klimapolitik zum Nebenthema für ein paar wenige Interessierte machen und uns ansonsten auf „unsere Kernkompetenzen“ beschränken. „Soziales vor Klima“ funktioniert nicht, denn die Frage des Klimawandels ist eine soziale Frage. Darauf brauchen wir Antworten. Und wir müssen damit offensiv an die Öffentlichkeit gehen.

Antrag O 11: Für eine migrantische und antirassistische Linke.

Antragsteller/in:	Maria Lara Moubarak, Dariush Hassanpour (KV Mitte-Ost · Nr. 353), Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312)
--------------------------	---

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Deutschland ist geprägt von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus
- 2 Betroffenen, sie haben es mit aufgebaut und gestalten es -teilweise seit
- 3 Jahrzehnten- mit und machen es zu dem, was es ist - eine lebendige, vielfältige
- 4 Einwanderungsgesellschaft.
- 5 Dennoch werden Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung beim Zugang
- 6 zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt diskriminiert, haben schlechtere Bildungschancen und
- 7 machen oft zu Niedriglöhnen die Arbeit, die sonst niemand machen will. Zu oft
- 8 müssen sie illegalisiert leben. Als Bremer Linke haben wir deshalb eine
- 9 Clearingstelle für Papierlose, den MVP (Verein zur Förderung der gesundheitlichen
- 10 und medizinischen Versorgung von papierlosen und nichtversicherten Menschen in
- 11 Bremen e.V.) und die Antidiskriminierungsstellen an den ReBuZen für den
- 12 Bildungsbereich durchgesetzt.
- 13 Der strukturelle Rassismus nimmt trotz dieses Ausbaus von Unterstützungsstrukturen
- 14 und Beratungsstellen nicht ab. Die Normalisierung rassistischer Positionen durch
- 15 die AfD und den Rechtsruck führen dazu, dass Alltagsrassismus, strukturelle
- 16 Diskriminierung, institutioneller Rassismus und rassistische Gewalt weiter
- 17 zunehmen. Neben dem in der Gesellschaft tief verankerten Antisemitismus sind auch
- 18 der grassierende antimuslimische und antischwarze Rassismus und Rassismus gegen
- 19 Sinti*zze und Rom*nja stärker zu thematisieren und zu bekämpfen. Diese sind in den
- 20 Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen, in der eine erstarkende
- 21 Rechte und ihre gewalttätigen Freunde immer mehr Raum für sich und ihre Hetze in
- 22 Anspruch nehmen.
- 23 Der Kampf gegen die AfD, gegen den Rechtsruck und den grassierenden Rassismus muss
- 24 deshalb entschieden, mit allen Mitteln und auf allen Ebenen geführt werden – im
- 25 Staat und in der Gesellschaft. Wir müssen Abwehrkämpfe führen: Rückschritte im
- 26 Asyl- und Migrationsrecht bekämpfen, Erreichtes wie die geschaffenen
- 27 Diskriminierungsschutzstrukturen erhalten, demokratische Grundrechte verteidigen,
- 28 die AfD, Rechtsruck und rechte Diskurse bekämpfen.
- 29 Den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft für ein AfD-Verbotsverfahren, den unsere
- 30 Fraktion initiiert und vorangetrieben hat, begrüßen wir sehr! Wir fordern
- 31 Bürgerschaftsfraktion, linke Senatsmitglieder und den gesamten Senat auf, diesen
- 32 Beschluss mit allem Nachdruck umzusetzen.
- 33 Wir fordern den Landesvorstand auf, sich bei der Bundespartei dafür einzusetzen,
- 34 dass der Kampf gegen Rechts, sprich der Kampf gegen Rassismus, Faschismus,
- 35 Antifeminismus, Queer- und Behindertenfeindlichkeit, zentrale Ziele für uns als
- 36 Linke sind und sein müssen. Soziale Gerechtigkeit ist unsere Kernforderung und eine

37 wichtige Klammer, die viele vereint, die mit weniger Privilegien und Teilhabe
38 ausgestattet sind. Antirassismus, (Queer)Feminismus oder Klimaschutz sind aber
39 keine Nebenwidersprüche, sondern ganz genauso unsere zentralen Ziele. Der
40 Landesvorstand soll deshalb in der Bundespartei, die Bundestagsabgeordnete und
41 Fraktionsvorsitzenden gegenüber der Bundestagsfraktion einfordern, dass wir
42 Bündnisse gegen Rechts schmieden, stärken, unterstützen, auch mit Ressourcen. Die
43 Kampagne AfD Verbot Jetzt soll unterstützt werden und auf Bundesebene ein großer
44 Kongress vorbereitet werden, der alle gesellschaftlichen, kulturellen, politischen,
45 wissenschaftlichen, juristischen Kräfte für ein AfD-Verbot sammelt. Der große
46 Zulauf der Linken, der „Heidi-Hype“ und die guten Umfragewerte kommen nicht nur
47 weil wir gute Videos drehen, sondern vor allem, weil in uns das letzte Bollwerk
48 gegen Rechts gesehen wird. Diese Hoffnung müssen wir jetzt erfüllen, und das wollen
49 wir auch, indem wir den Kampf gegen Rechts offensiv annehmen und führen.

50 Gleichzeitig müssen wir auch nach vorne stellen: Migrant*innen und Menschen mit
51 Rassismuserfahrung halten dieses Land am Laufen, sind Teil von Belegschaften,
52 Gewerkschaftskämpfen, von sozialen Bewegungen, lokalen Initiativen und in
53 Migrant*innenselbstorganisationen, in Black People und People of Colour (BPoC)
54 Gruppen und vielem mehr organisiert. Sie sind nicht nur Opfer, Betroffene oder
55 Objekte politischer Entscheidungen, sondern Subjekte, die mitbestimmen,
56 mitgestalten, die Gesellschaft prägen und nach vorne bringen. Migrant*innen sind
57 für uns keine Verschiebemasse, Zuwanderung kein Kostenfaktor, gesellschaftliche
58 Pluralität keine Belastung, sondern Realität und das ist gut so. Wir als Linke
59 wollen nicht zurück in den Mief der 50er, wir wollen keine homogene Gesellschaft,
60 die es ohnehin nie gab, wir lehnen völkischen Nationalismus und eine Unterscheidung
61 von einem biologischen „uns“ und „ihr“ ab.

62 Wir verteidigen unsere plurale Gesellschaft, kämpfen für gleiche Rechte, Teilhabe
63 Aller ist Ziel jeder linken Politik. Den Anspruch, den wir an die Gesellschaft
64 haben, dass alle Menschen gleichermaßen teilhaben können und das neben
65 Antifaschismus auch Antirassismus zum gesellschaftlichen Grundkonsens gehören,
66 möchten wir auch in unserer Partei leben. Daher müssen wir auch für migrantische
67 Lebensrealitäten das Zuhause sein – das sind wir noch nicht ausreichend.

68 **Diversität und Antirassismus selbst leben**

69 Die Linke muss den gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Rassismus praktisch leben
70 – vor Ort in Initiativen, Aktionsbündnissen, in den Schulen und Betrieben, in den
71 Universitäten und Kitas, überall. Denn nur gemeinsam können wir eine Umwälzung der
72 Gesellschaft schaffen, in der die Menschen und nicht die Profite von Wenigen
73 zählen. Unsere gute Programmatik muss sich noch stärker in der täglichen Praxis
74 unserer Parteiarbeit wiederfinden. Das Ziel muss sein, in unserer Partei mindestens
75 so viele Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene zu
76 organisieren, wie ihr Anteil an der Bevölkerung in Deutschland ist, der derzeit bei
77 ungefähr einem Viertel liegt. Eine repräsentative Neumitgliederbefragung der
78 Bundespartei ergab vor einigen Jahren, dass der Anteil der Menschen mit
79 Migrationsgeschichte bei 9,9 Prozent liegt. Das mag sich inzwischen verbessert
80 haben, aber auch im Bremer Landesverband sind Mitglieder mit Migrationsgeschichte

81 deutlich unterrepräsentiert. Landesparteitage, Parteiveranstaltungen und -
82 Versammlungen sind geprägt von nicht-migrantisch sozialisierten Teilnehmenden,
83 Redeverhalten, Formate und Themensetzungen sind häufig weder hürdenarm, noch
84 adressieren sie ausreichend migrantische Lebenswelten. Auch die Mitgliedschaft
85 bildet die gesellschaftliche Realität in Bremen und Bremerhaven nicht ausreichend
86 ab. Der Anteil der Bremer*innen und Bremerhavener*innen mit Migrationshintergrund
87 liegt bei rund 40 Prozent, bei den jungen Menschen sogar bei rund 60 Prozent.
88 Migration ist kein Randphänomen, Wanderungserfahrung keine Seltenheit und Menschen
89 mit Migrationserbe keine kleine Minderheit, sondern integraler Bestandteil der
90 kollektiven Erfahrung dieser Gesellschaft. Das muss sich auch in unserer Partei, an
91 der Basis, in Vorständen und Repräsentant*innen abbilden.

92 Mitglieder mit Migrationserbe fühlen sich in Parteikontexten oft allein und
93 marginalisiert. Deswegen müssen wir in Basis und Repräsentanz pluraler werden, und
94 Organisation und Empowerment von Mitgliedern mit Migrationserbe fördern. Der
95 Landesvorstand soll deshalb gemeinsam mit Links*kanax Bremen prüfen, wie
96 migrantische Plena bei Landesparteitagen installiert und unterstützt werden können.
97 Ziel eines Plenums unserer migrantisierten Delegierten soll sein, einen Raum für
98 Austausch und Selbstorganisation zu bieten, Austausch über spezifische Erfahrungen
99 und Perspektiven zu ermöglichen, Entwicklung von Forderungen und Strategien für
100 mehr migrantische Sichtbarkeit und Teilhabe innerhalb der Partei und den Ausbau der
101 Vernetzungsstrukturen zu unterstützen.

102 Sinn und Zweck einer höheren Beteiligung von Migrant*innen und BPOC in der Partei
103 ist dabei keine sogenannte reine „Identitätspolitik“. Es geht vielmehr darum, die
104 Perspektive für unterschiedliche Formen der Unterdrückung und Diskriminierung zu
105 erweitern und sie zusammenzuführen. Überzeugende und glaubwürdige antirassistische
106 Politik kann sich nicht mit „Stellvertreterpolitik“ begnügen. Sie muss Menschen,
107 die von Diskriminierung betroffen sind, als gleichwertige politische Subjekte
108 erachten und sie an der politischen Macht in ihren eigenen Reihen teilhaben lassen.
109 Weil es nicht um reine Symbolik und legitime Identitätspolitik geht, bedeutet das
110 zugleich die Bereitschaft, eine damit einhergehende Verschiebung von inhaltlichen
111 Standpunkten anzunehmen und Bisheriges kritisch zu hinterfragen, statt das
112 bestehende politische Programm bloß „ein bisschen diverser“ vorzutragen.

113 **Vielfalt in der Partei fördern und abbilden**

114 Ziel der Linken ist es, eine offene und gerechte Gesellschaft zu erkämpfen – ohne
115 Ausbeutung und Rassismus. Dazu gehört, dass Menschen, die von Rassismus betroffen
116 sind, in den Medien, Publikationen und Veranstaltungen unserer Partei zu Wort
117 kommen – und zwar zu allen Themen, nicht nur zu Rassismus oder Migration. Eine
118 gezielte Ansprache und aktive Mitgliedergewinnung ist -wie auch sonst- vonnöten.
119 Die Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen ist hierfür die Voraussetzung. Das
120 geschieht an einzelnen Stellen schon, ist aber meist von den Kontakten weniger
121 Personen abhängig.

122 Gerade jetzt ist die Bereitschaft groß, für antirassistische Themen
123 zusammenzukommen. Die Linke ist die Hoffnung für viele, Bollwerk gegen die

124 unsägliche Rechtsverschiebung zu sein, verlässliche Adresse im Kampf gegen die
125 migrationspolitischen Angriffe zu sein. Dieses Kampf zu führen und sich mit
126 migrantischen Selbstorganisationen zu vernetzen, darf nicht nur Aufgabe
127 migrantischer Genoss*innen sein.

128 Landes-, Kreis- und Ortsverbände sollten vor Ort eruieren, welche migrantischen
129 Verbände, Migrant*innenselbstorganisationen, neuen deutschen Organisationen
130 aufgesucht werden können, um mit ihnen in den Austausch zu treten. Sie und
131 Bewegungsakteur*innen sollten in Mitgliederversammlungen eingeladen, ihre
132 Initiativen sollten unterstützt und gemeinsame Aktionen angeregt werden.

133 Migrantische Orte können für Linke Veranstaltungen angemietet und, wenn dort auch
134 gewünscht, stärker für Austausch aufgesucht werden – von dem selbstorganisierten
135 migrantischen Café oder Kulturverein von nebenan bis zur Shishabar und dem Boxclub
136 um die Ecke. Parteiveranstaltungen sind verstärkt in migrantische Bezirke zu
137 verlegen. Sie sind sowie ebenfalls Basistreffen, Parteipublikationen und -webseiten
138 in verschiedenen Sprachen und barrierefrei zu gestalten, um Barrieren zum Mitmachen
139 für Alle zu senken.

140 Die Partei muss sich zudem bemühen, Begegnungsräume und Orte der gemeinsamen
141 politischen Praxis zu schaffen, sie kann beispielsweise lokale Organizingprojekte
142 zur Mietenfrage in migrantisch geprägten Wohngebäuden/Gegenden unterstützen. Die
143 Büros der Linken und ihrer Abgeordneten sollten nicht nur für interne Treffen
144 genutzt, sondern zu Begegnungsstätten entwickelt werden. Die Treffen und
145 Veranstaltungsformate dort sollten mindestens anteilig so gestaltet werden, dass
146 sie niedrigschwellig sind, und auch mal migrantische Rituale wie Çay trinken
147 aufgreifen. Um eine Ansprechbarkeit vor Ort zu sichern, sind Rechts- und
148 Sozialberatungen in den Büros und das Mitwirken an Nachbarschaftsfesten
149 entscheidend. Dass Die Linke hilft Bremen wieder so lebendig ist, begrüßen wir!
150 Gleichzeitig sollten aufsuchende Beratungen und Komm-Strukturen der Partei so
151 ausgestaltet werden, dass im Zweifel mehrsprachige Kommunikation möglich ist. Damit
152 Übersetzungen nicht immer an den gleichen Genoss*innen hängen, müssen Möglichkeiten
153 professioneller Unterstützung geschaffen werden. Das Programm auf Linken Festen
154 muss vielfältig sein, es sollte nicht nur Verköstigung aus aller Welt geben,
155 sondern vor allem das politische und kulturelle Programm sollte divers sein.

156 Der Landesvorstand soll die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für den
157 Landesverband unterstützen, um Rassismus und Diskriminierung in den eigenen Reihen
158 aufzuklären und zu verhindern. An diese können sich dann Parteimitglieder vor Ort
159 vertrauensvoll wenden, wenn sie Rassismuserfahrungen in der Partei machen. Dabei
160 sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen selbstverständlich einzuhalten. Der
161 gesamte Landesverband, aber auch der Landesvorstand, tragen dafür Verantwortung,
162 dass antimigrantische Positionen in der Partei, ob an der Spitze oder Basis, keinen
163 Platz haben und muss diesen entschlossen entgegen treten.

164 Der Landesvorstand soll zudem ein Konzept und eine Strategie zur Stärkung von
165 Diversität in der Partei entwickeln. Es soll einen Austausch mit migrantisierten
166 Genoss*innen geben, was diese benötigen, wo sie Potentiale und Leerstellen sehen.
167 Die Ergebnisse dieses Austauschs sollen in eine Strategie zur migrantischen

168 Parteientwicklung einfließen, die auch in die nächste Wahlstrategie einfließen
169 soll.

170 Die Strategie soll dafür sorgen, dass eine bessere migrantische Ansprache und mehr
171 Repräsentanz umgesetzt wird; dass migrationspezifische Themen als
172 Querschnittsaufgabe installiert werden, zB auch im Koordinationsgremium.

173 Die Pläne der Bürgerschaftsfraktion, ein BPOC-Mentoring anzubieten, begrüßen wir!
174 So kann Wissen vermittelt und Empowerment gestärkt werden.

175 **Antirassistische Themen nach vorne bringen - Strukturellen Rassismus bekämpfen**

176 Es ist unverzichtbar, dass wir öffentlich sichtbarer mit Themen werden, die uns
177 alle, aber Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Rassismuserfahrung besonders
178 betreffen.

179 Das gilt allgemein für künftige Kampagnen der Partei und die kommende
180 Landtagswahlkampagne.

181 Für eine bessere migrantische Ansprache ist es wichtig, mit Themen präsent zu sein,
182 die sie alltäglich betreffen – das sind neben gerechten Löhnen, bezahlbaren Mieten,
183 ausreichend Kitaplätzen und Chancengleichheit an Schulen auch Fragen von
184 politischer Teilhabe, wie beim Wahlrecht und diskriminierungsfreie Zugänge zu
185 Arbeitsmarkt, Wohnen oder Freizeit.

186 Als Bremer Linke haben wir hier einiges gemacht- von einem Bürgerschaftsantrag zur
187 Zulassung Drittstaatsangehöriger als sachkundige Bürger*innen in den Beiräten, über
188 Anfragen zum Migrationsanteil im öffentlichen Dienst bis hin zur Schaffung einer
189 unabhängigen Polizeibeauftragten oder dem Einsatz zur Schaffung einer
190 Landesantidiskriminierungsstelle. Das und mehr hätte es ohne Die Linke nicht
191 gegeben. Diese Initiativen müssen wir mehr nach vorne stellen- und ausbauen!

192 Wir stellen uns dem Abbau antirassistischer Schutzstrukturen und der Verschärfung
193 der Migrationsgesetze und -Praxis entgegen, auch wenn sie von unseren
194 Koalitionspartnern angegriffen werden. Die Verteidigung des Kirchenasyls, der
195 Widerstand gegen den Abschiebewahn oder gegen die Verschärfung von Migrationsrecht
196 sind für unsere linke DNA elementar.

197 Die Black Lives Matter-Bewegung bekommt leider immer neue Anlässe. Die Tötung von
198 Lorenz A. durch mehrere Schüsse von hinten durch die Oldenburger Polizei ist ein
199 weiterer unfassbar tragischer Tod, der vermeidbar gewesen wäre. Die Tötung des
200 psychisch kranken Mohamed I. in Gröpelingen, der unaufgeklärte Verbrennungstod von
201 Oury Jalloh in einer Dessauer Zelle, der Ertrinkungstod von Laye Condé in Bremen
202 nach der Brechmittelvergabe, die vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof als
203 Folter eingestuft wurde, das Versterben von Qosay K. im Delmenhorster
204 Polizeigewahrsam- sie alle haben eins gemeinsam: Migrantische Menschen wurden
205 getötet, obwohl das vermeidbar gewesen wäre. Ihre Angehörigen und Freund*innen sind
206 verzweifelt zurückgelassen, oft ohne angemessene Unterstützung, Anteilnahme oder
207 Entschädigung. Die Verantwortlichen sind in keinem einzigen Fall zur Rechenschaft
208 gezogen und verurteilt worden. In migrantischen Communities herrscht Gefühl
209 Gewissheit: People of colour, besonders junge männliche, sind gefährdet. Sie sind

210 von Polizeigewalt, racial profiling, Willkür betroffen und müssen im Zweifel um ihr
211 Leben fürchten. Deshalb ist es gut, dass die Linke Bürgerschaftsfraktion das
212 bundesweit fortschrittlichste Polizeigesetz erkämpft hat! Das garantiert
213 Betroffenen von Personenkontollen, sich eine Kontrollquittung über den
214 Kontrollgrund ausstellen lassen zu können, um so racial profiling entgegenzuwirken.
215 Dieses Recht ist noch zu wenig bekannt. Landesverband, Bürgerschaftsfraktion und
216 Senat werden deshalb aufgefordert, dieses Recht bekannter zu machen!

217 Auch die Schaffung einer unabhängigen Polizei- und Feuerwehrbeauftragten ist sehr
218 begrüßenswert, insbesondere nach den skandalösen rechtsextremistischen,
219 rassistischen, frauen- und queerfeindlichen Chats, Mobbingstrukturen und
220 Gewaltvorfälle bei der Bremer Berufsfeuerwehr. Dabei dürfen wir aber nicht stehen
221 bleiben. Die längst beschlossene, durch ein Gesetz und mit Finanzierung unterlegte
222 Landesantidiskriminierungsstelle muss endlich kommen! Weder eine Blockade, noch
223 eine unsachgemäße Besetzung ist hinnehmbar, sondern es braucht eine starke,
224 unabhängige, parteiische hauptamtliche Stimme und Anlaufstelle für Betroffene von
225 Rassismus und Diskriminierung. Und es braucht aufenthaltsrechtliche Sicherheit für
226 Betroffene rechter Gewalt, um den Neonazis und Faschisten zu zeigen: Ihr greift
227 Menschen an aufgrund ihrer Herkunft, wir aber schützen sie! Das ist das Mindeste,
228 was in aktuellen Zeiten getan werden muss! Die Linke muss außerdem die koloniale
229 Verantwortung Deutschlands immer wieder thematisieren, sich für eine postkoloniale
230 Erinnerungskultur, die Berücksichtigung in Lehrplänen, diskriminierungsfreie
231 Lehrmaterialien und die Rückgabe von geraubter Kunst einsetzen.

232 **Jetzt ist die Zeit gekommen, weitreichende antirassistische Forderungen**
233 **durchzusetzen und die Vielfalt in der Gesellschaft noch stärker als Chance für die**
234 **Parteiarbeit zu begreifen. Für die Gesellschaft der Vielen!**

Begründung

--

Antrag O 12: Bremerhaven bei Vorständen und Delegationen berücksichtigen

Antragsteller/in:	Onur Kocaaga (KV Bremerhaven · Nr. 153)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. In zukünftigen Wahlen zum Landesvorstand ist sicherzustellen, dass mindestens

- 2 ein Mitglied aus dem Kreisverband Bremerhaven vertreten ist.
- 3 2. Bei der Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag ist sicherzustellen, dass
- 4 mindestens ein Mitglied aus dem Kreisverband Bremerhaven unter den gewählten
- 5 Delegierten ist.

Begründung

Bremerhaven ist ein eigenständiger Kreisverband mit besonderen sozialen, strukturellen und politischen Herausforderungen. Gleichzeitig bringt Bremerhaven wertvolle Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen in die Partei ein insbesondere im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, den Kampf gegen Armut und strukturelle Benachteiligung sowie in der gewerkschaftlichen und migrantischen Organisation.

Trotz dieser Bedeutung ist die Beteiligung Bremerhavens in den zentralen Gremien unserer Partei auf Landes und Bundesebene bislang nicht dauerhaft gesichert. Dies führt nicht nur zu einer inhaltlichen Schwächung der Gesamtpartei, sondern auch zu einem Gefühl der politischen Marginalisierung innerhalb unseres Kreisverbandes.

Eine Mindestrepräsentanz stärkt den Zusammenhalt innerhalb der Partei, fördert die politische Teilhabe aller Kreisverbände und macht deutlich, dass DIE LINKE Bremen sich aktiv für gleichberechtigte Mitbestimmung einsetzt unabhängig von der Größe oder geografischen Lage eines Kreisverbandes.

Dieser Antrag ist kein Schritt der Abgrenzung, sondern ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, Vielfalt und Zusammenhalt. Denn eine starke LINKE braucht starke Stimmen und Bremerhaven hat viel zu sagen.

Antrag O 13: Linke Politik für Bremen und Bremerhaven im Bundesrat

Antragsteller/in:	Christoph Spehr (KV Mitte-Ost · Nr. 363)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Als regierender Landesverband haben wir die Möglichkeit, auch über den Bundesrat
- 2 Einfluss auf Bundespolitik zu nehmen. Dies erfordert, dass wir uns mit den
- 3 Besonderheiten des Bundesrats auseinandersetzen.
- 4
- 5 Der Bundesrat ist die Vertretung der Länder. Sie wirken darüber an der

6 Bundesgesetzgebung mit, können aber auch mit Entschließungsanträgen oder
7 Gesetzesinitiativen aktiv werden. Jedes Bundesland muss seine Stimmen geschlossen
8 abgeben, d.h. die Landesregierungen müssen sich bei der Stimmabgabe einigen. Kommt
9 keine Einigung zustande, muss sich das Bundesland enthalten.

10

11 Im Bundesrat sitzen 16 Bundesländer mit derzeit 11 unterschiedlichen Koalitionen.
12 Wenn alle Koalitionspartner in allen Ländern nur Entscheidungen zustimmen würden,
13 die ihrem Wahlprogramm entsprechen, wäre der Bundesrat handlungsunfähig. Wie die
14 meisten Landeskoalitionen, hat daher auch die rot-grün-rote Koalition in Bremen im
15 Koalitionsvertrag festgelegt, dass das Abstimmungsverhalten im Bundesrat sich
16 vorrangig an den Interessen des Landes, sowie am Inhalt des hiesigen
17 Koalitionsvertrags, orientiert.

18

19 Als linker Koalitionspartner im Land handeln wir nach folgenden Leitlinien:

20

21 1. Bundespolitik wird vorrangig im Bundestag gemacht. Die Einflussnahme auf die
22 Bundesratsstimmen können kein Ersatz sein für fehlende Wirkmächtigkeit unserer
23 Bundestagsfraktion oder Bundespartei. Umgekehrt kann das Abstimmungsverhalten
24 Bremens im Bundesrat nicht der Mehrheitsbeschaffung für Vorhaben der
25 Bundesregierung dienen, die nicht im Landesinteresse liegen (z.B. weil sie die
26 finanziellen Interessen Bremens negativ berühren).

27 2. Der zentrale Maßstab für uns als Linke sind die Auswirkungen auf die sozialen
28 Interessen der einkommensschwächeren Hälfte der Bevölkerung oder auf
29 benachteiligte Gruppen. Im Mittelpunkt steht die Frage: Macht die Entscheidung
30 deren soziale Lage besser oder schlechter?

31 3. Wir bestehen auf Enthaltung, wenn Entscheidungen im Bundesrat gegen
32 grundsätzliche Fragen unserer politischen Identität gehen. Das betrifft am
33 häufigsten Entscheidungen zur Migrationspolitik. Es kann erforderlich sein,
34 dass wir dabei Abwägungen vornehmen, z.B. mit anderweitigen Vorteilen eines
35 Entscheidungspakets oder wenn wir durch Verzicht auf Enthaltung
36 Verhandlungserfolge erzielen können.

37 4. Taktische Fragen können in der Regel nicht den Ausschlag geben. Das
38 Stimmverhalten der anderen Bundesländer ist in der Regel bis zum Schluss
39 offen, während das eigene Stimmverhalten relativ frühzeitig geklärt werden
40 muss. Wir müssen jeweils für die einzelnen Entscheidungen politisch
41 geradestehen, unabhängig davon, ob die Mehrheit an den Bremer Stimmen hängt
42 oder nicht.

43 5. Das Abstimmverhalten im Bundesrat fällt in die Zuständigkeit der Landesebene.
44 Wir begrüßen Anstrengungen, den Austausch zwischen Bundestagsfraktion,
45 Parteivorstand und regierenden Landesverbänden zu verbessern und frühzeitiger
46 einsetzen zu lassen. Dies ist vor allem für eine abgestimmte Kommunikation
47 nach außen wichtig. Es ändert nichts daran, dass Landesverbände und

- 48 Bundestagsfraktion jeweils für sich entscheiden müssen und es in letzter
49 Instanz die Abgeordneten bzw. Regierungsmitglieder sind, die abstimmen und
50 ihre Entscheidung nach außen und innen verantworten müssen.
- 51 Der Landesvorstand ist gefordert, zu wichtigen Bundesratsentscheidungen frühzeitig
52 Transparenz zu schaffen, Positionen des Landesverbands einzuholen und diese in die
53 Beratung zwischen Landessprecher*innen, Fraktionsvorsitzenden und Senatorinnen
54 einfließen zu lassen. Dabei unterscheiden wir nach Relevanz: Das Verhalten zu
55 zustimmungspflichtigen Bundesgesetzen hat mehr Gewicht als das Verhalten zu
56 Entschließungen, die keinen unmittelbaren Einfluss auf die Wirklichkeit haben.
57 Unsere Hauptaufgabe als linker Landesverband liegt in der Landespolitik, auf die
58 wir auch weiterhin unsere Kapazitäten konzentrieren werden.

Begründung

..

Antrag O 14: Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - gegen die politische Instrumentalisierung durch Bundestag und Bundesregierung, für die Anerkennung der Jerusalemer Erklärung als eine tragfähige Grundlage zur Bekämpfung von Antisemitismus

Antragsteller/in:	Ivesa Lübben, Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir beobachten mit Sorge ein Ansteigen antisemitischer Übergriffe in unserem Land.
2 Genauso viel Sorge bereitet uns aber auch die zunehmende Zensur und Repression im
3 Namen der Bekämpfung eines sogenannten „Israel-bezogenen Antisemitismus“ durch
4 staatliche Institutionen. Wir lehnen die vom Bundestag beschlossenen Resolutionen
5 „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und
6 stärken“ sowie „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen“
7 ab. Beide Resolutionen machen die „Arbeitsdefinition-Antisemitismus“ der
8 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zur verbindlichen Grundlage
9 zur Förderung von Kultur- und Sozialprojekten, Raumvergaben, Einstellungskriterien,
10 Erteilung von Aufenthaltstiteln und der Verleihung der deutschen
11 Staatsangehörigkeit und zur Grundlage von staatlich geförderter Bildungsarbeit.

12 Diese Politisierung der „IHRA-Definition“ durch staatliche Organe in Deutschland
13 hat in Deutschland zu einem Klima von Angst, Repression, Zensur und
14 Gesinnungsschnüffelei und antimigrantischer Stimmungsmache beigetragen. Wir
15 unterstützen deswegen die Aussage des Beschlusses des Bundes-parteitages: „Die
16 Linke lehnt die Praxis ab, die „Arbeitsdefinition-Antisemitismus“ der IHRA in
17 Kommunen, Behörden und Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition
18 vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit
19 verbundene Geheimdienstkontrollen, Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge
20 werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA
21 als juristisches Mittel, weil dies ein massives Einfallstor für autoritäres,
22 staatliches Handeln ist.“

23 Dass die Anwendung der IHRA-Definition nicht dem Schutz jüdischen Lebens dient,
24 zeigt allein die Tatsache, dass von 25 bis 30% der in den letzten Jahren verhängten
25 Zensurmaßnahmen jüdische Künstler*innen und Wissenschaftler*innen betroffen waren,
26 die sich nicht mit Israel identifizieren oder die die israelische Kriegs- und
27 Besatzungspolitik ablehnen. Selbst israelischen antimilitaristische Gruppen wie
28 „New Profile“ oder Organisationen von Israel*innen, die in Israel an die Nakba
29 (Vertreibung der Palästinenser) erinnern wie „Zochrot“ wurden Fördergelder im
30 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gestrichen. Progressive jüdische
31 Organisationen weisen darauf hin, dass es gerade die immanente Gleichsetzung bei
32 der Anwendung der IHRA-Definition durch deutsche Institutionen ist, die dem
33 Antisemitismus Auftrieb verleiht.

34 Wir bestreiten nicht, dass es nicht auch „israelbezogenen Antisemitismus“ gibt,
35 aber genau deswegen ist eine präzise Definition nötig, die Antisemitismus von
36 politischer Kritik an Israel unterscheidet. Genau dies ist das Ziel der
37 „Jerusalem Erklärung“ die auf die Initiative von israelischen Wissen-schaftlern
38 des Jerusalem Van-Leer-Instituts zurückgeht und von fast 400 der weltweit
39 renommiertesten Wissenschaftler aus den Bereichen Holocaust- und Genozidforschung,
40 Jüdische Geschichte, Nahostwissenschaften und Völkerrecht unterstützt wird. Ohne
41 die Spezifik von Antisemitismus zu negieren, sieht sie den Kampf gegen
42 Antisemitismus untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen alle Formen rassistischer,
43 ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechts-spezifischer Diskriminierung.
44 Sie fordert „Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft
45 Israel/Palästinas zu wahren.“

46 Gerade angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Unterzeichner der
47 Jerusalem-Erklärung Juden*Jüdinnen sind, halten wir die Stellungnahme des Bremer
48 Landesvorstandes zum Beschluss des Parteitages, die der Jerusalem-Erklärung
49 Antisemitismus unterstellt, für unangebracht. Wir fordern statt dessen eine
50 sachliche und informierte Diskussion über die Jerusalem-Erklärung und ihre
51 Intention.

Begründung

erfolgt mündlich